

## Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Wirtschaft und Innovation

<b>Sitzungsdatum:</b>	1. März 2022
<b>Sitzungsort:</b>	Hamburg, Videokonferenz mit Livestream
<b>Sitzungsdauer:</b>	17:03 bis 19:11 Uhr
<b>Vorsitz:</b>	Abg. David Erkalp (CDU)
<b>Schriftführung:</b>	Abg. Hansjörg Schmidt (SPD)
<b>Sachbearbeitung:</b>	Dörte Stoll

---

### Tagesordnung:

1. [Drs. 22/6961](#) Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative „Volksinitiative gegen den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen“  
(Bericht Senat)  
  
Gemäß Artikel 50 Absatz 2 der Hamburgischen Verfassung erhalten die Initiatorinnen und Initiatoren die Gelegenheit, ihr Anliegen zu erläutern.
2. Aktuelle Situation der Hamburger Wirtschaft in der Corona-Pandemie  
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)
3. [Drs. 22/6427](#) Hamburger Integrationskonzept 2017 „Wir in Hamburg! Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“ (Drucksache 21/10281)  
Bericht über den Umsetzungsstand – Ergebnisse 2020  
(Bericht Senat)  
  
– Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration ist

federführend, der Ausschuss für Wirtschaft und Innovation sowie weitere Fachausschüsse sind mitberatend. –

4. Verschiedenes

## **Anwesende:**

### **I. Ausschussmitglieder**

Abg. David Erkalp (CDU)  
Abg. Olga Fritzsche (Fraktion DIE LINKE)  
Abg. Clarissa Herbst (SPD)  
Abg. Metin Kaya (Fraktion DIE LINKE)  
Abg. Martina Koeppen (SPD)  
Abg. Jan Koltze (SPD)  
Abg. Alexander Mohrenberg (SPD)  
Abg. Zohra Mojadeddi (GRÜNE)  
Abg. Johannes Alexander Müller (GRÜNE)  
Abg. Andrea Nunne (GRÜNE)  
Abg. Arne Platzbecker (SPD)  
Abg. Dr. Miriam Putz (GRÜNE)  
Abg. Hansjörg Schmidt (SPD)  
Abg. Markus Schreiber (SPD)  
Abg. Krzysztof Walczak (AfD)  
Abg. Prof. Dr. Götz Wiese (CDU)

### **II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter**

Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)  
Abg. Gulfam Malik (SPD)

### **III. Fraktionslose Abgeordnete (§ 54 Abs. 6 GO)**

Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (fraktionslos)

### **IV. Weitere Abgeordnete**

Abg: Alske Freter (GRÜNE)  
Abg. Mehmet Yildiz (fraktionslos)

### **V. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter**

#### Behörde für Wirtschaft und Innovation

Herr	Staatsrat	Andreas Rieckhof
Herr	SD	Dr. Christopher Schwieger
Herr	RD	Martin Behnsen
Herr	RD	Eike Klebe
Frau	Angestellte	Britta Westerhoff
Herr	Angestellter	Bernd Meyer

#### Hamburgische Investitions- und Förderbank

Herr	Leiter der Abteilung Wirtschaft und Umwelt	Marc Struve
------	--	-------------

#### Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Frau	RDin	Birte Steller
------	------	---------------

**VI. Vertrauenspersonen der Volksinitiative (zu TOP 1)**

Martin Dolzer  
Paula Herrschel  
Monika Koops

**VII. Teilnehmerin der Bürgerschaftskanzlei**

Dörte Stoll

**VIII. Sonstige**

Dr. Stefanie Werner (SPD-Fraktion)

**IX. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit**

Livestream

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Der Abgeordnete Dr. Götz Wiese (CDU) gab gegenüber den Abgeordneten des Ausschusses eine persönliche Erklärung ab.

### **Zu TOP 1**

## **WORTPROTOKOLL**

**Vorsitzender:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Innovation

Dann beginnen wir jetzt mit unserer Tagesordnung und kommen zu Tagesordnungspunkt 1, Drucksache 22/6961, Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative "Volksinitiative gegen den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen". Das ist ein Bericht des Senats. Gemäß Artikel 50 Absatz 2 der Hamburgischen Verfassung erhalten die Initiatorinnen und Initiatoren Gelegenheit, hier ihr Anliegen zu erläutern. Und das machen wir auch heute. Wir haben die Drucksache aufgrund der begrenzten Zeit auf die Tagesordnung als Tagesordnungspunkt 1 gesetzt, weil die Viermonatsfrist ansonsten an uns vorbeizieht.

Wir haben noch zwei weitere Tagesordnungspunkte stehen, diese konnte ich auch gestern mit einigen der Initiative noch einmal konkretisieren. Ich habe sie nur draufgenommen, falls wir tatsächlich vorher fertig sein sollten, dann beraten wir natürlich diese Tagesordnungspunkte. Sollten wir mit der Zeit nicht auskommen, so bleiben wir dann eben bis zum Schluss bei Tagesordnungspunkt 1 und hören uns das an, was die Initiative uns zu sagen hat, aber auch, welche Fragen sie an uns richten kann.

Der Senat ist heute selbstverständlich auch vertreten, der Senator ist heute verhindert, Herr Rieckhof ist da, hat eher aber, ja, eine Rolle des Zuhörers. Selbstverständlich können Sie auch dem Senat Fragen stellen, aber der Senat ist eigentlich heute nicht verpflichtet, auch darauf zu antworten. Das richtet sich hauptsächlich an die Abgeordneten, also an uns.

Und da würde ich Sie dann auch bitten, damit dann zu beginnen. Ich weiß jetzt nicht, wer von Ihnen dreien, die ich eben begrüßt habe, beginnen möchte, aber ich würde sodann das Wort zuallererst an die Initiative geben. Damit haben Sie das Wort. Da ich nur Herrn Martin Dolzer persönlich kenne, würde ich erst einmal sagen, Martin, ihr habt das Wort. Bitte sehr.

**Frau Herrschel:** Ja, hallo, ich bin Paula Herrschel und möchte heute sozusagen hier beginnen. Ich bedanke mich erst einmal dafür, dass wir hier sein können nach einigem Hin und Her und kurzfristiger Einladung. Ja, wir wollen unser Anliegen vor allen Dingen einmal vorstellen und gehen auch vor dem Hintergrund der aktuellen Lage davon aus, dass Sie ein großes Interesse haben, mit uns gemeinsam die Rolle von Rüstungsexporten und auch insgesamt dem Transport und Umschlag von Rüstungsgütern zu diskutieren. Mindestens hat ja die Hamburger Bevölkerung ein Interesse daran.

Und ich denke, es ist eine ewige Weisheit, mit der wir starten können: Krieg schafft keinen Frieden und nur Frieden schafft Frieden. Und, genau, wir wollen etwas zur grundsätzlichen Auseinandersetzung sagen und haben auch von Ihnen oder insgesamt der Bürgerschaft noch gar nicht so viel gehört, was eigentlich überhaupt für einen Transport von Rüstungsgütern spricht, und wollen vor allen Dingen deswegen erst einmal sagen, was dagegenspricht, und haben uns ein bisschen aufgeteilt. Ich würde starten mit dem Punkt, welche historische Verantwortung wir als Volksinitiative wahrnehmen. Martin Dolzer, links

von mir, wird etwas sagen zur globalen Rolle von Rüstungsexporten und der Bedeutung der Stadt für Frieden, Völkerverständigung und Internationalität. Und Monika Koops, rechts zu mir, spricht dann noch einmal spezifischer auch zu den Exporten über den Hamburger Hafen und den entwickelten Anspruch eigentlich, eine demokratische Wirtschaft haben zu wollen, die eben dem Allgemeinwohl dient. Und, genau, wir beginnen einfach und Sie können uns ja unterbrechen, falls es spezifischer etwas gibt, ansonsten würden wir das erst einmal realisieren.

Genau, was verbindet uns eigentlich als Aktive der Volksinitiative? Uns eint das Bewusstsein, dass ohne Frieden kein menschenwürdiges Leben möglich ist und Waffen- und Rüstungstransporte immer Eskalation bedeuten und immer Konfrontation mit Tod, Krieg, Zerstörung, Lebensbedrohung, Vertreibung und Flucht. Das sollte eigentlich, denke ich, schon Grund genug sein, sie zu verbieten, aber da wir heute hier sitzen, gehe ich davon aus, dass wir das noch weiter beraten sollten.

Genau, zu der historischen Perspektive, die Geschichte beauftragt uns und unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs, der Barbarei des Zweiten Weltkriegs, der unsagbares Leid über die Menschen und die ganze Welt gebracht hat, war die errungene Befreiung vom Faschismus ein Aufbruch und Neuanfang.

Für die nachhaltige Verwirklichung des gerade eben erst gewonnenen Weltfriedens wurden die Menschenrechte in der Charta der Vereinten Nationen gefasst, um Faschismus und Krieg für immer zu überwinden und zu verhindern, beginnend mit dem Satz, ich zitiere, "Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, künftige Geschlechter von der Geißel des Kriegs zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht haben."

Gefasst sind in diesen Artikeln für alle die folgenden Grundsätze mindestens, aber nicht abschließend, das Gewaltverbot, die Gleichberechtigung, die internationale Kooperation sowie die Völkerverständigung. Es sollte weltweit soziale Progression für alle als Garant für Frieden verwirklicht werden. In dem gleichen Geist wurde auch 1948 im Grundgesetz der BRD festgehalten, und ich zitiere erneut, "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt" dienen zu wollen.

Beides zusammen, sowohl das Grundgesetz als auch die UN-Charta, bilden die Grundlage für die Hamburger Verfassung, die 1952, und ich möchte betonen, wir haben dieses Jahr den 70-jährigen Geburtstag der Verfassung, also haben wir viel Anlass, sie sehr, ja, neu ernst zu nehmen, ... ja, wurde die Verfassung '52 verabschiedet und nach eingehendem Ringen, ja, darüber diskutiert, wie eine gemeinsame, eine so gute Verfassung realisiert werden kann, dass sie für die Zukunft tragfähige Lösungen realisiert.

Im Bewusstsein, dass das Grundgesetz bereits einen Rahmen setzt, wie es in der Vorbemerkung der Hamburger Verfassung heißt, hat die Hamburger Verfassung also diese Einheit verknüpfend mit der UN-Charta und dem Grundgesetz und muss auch so gelesen werden. Sie setzt bis heute die rechtsverbindlichen Maßstäbe für unser Zusammenleben im Spezifischen in Hamburg und eben in der Verknüpfung der anderen Rechtsgrundlagen auch für die Welt. Wesentlichen Teil bildet dabei die Präambel, die die Auffassung, die Absichten und die Zwecke ihrer Urheber und deren Basiskonsens klar wiedergibt. Welche hohe Bedeutung der Präambel dabei beigemessen werden muss, benennt die Vorbemerkung unserer Hamburger Verfassung. Ich habe hier ein Heftchen auch dabei. Ich zitiere aus der Vorbemerkung: "Der Text der Präambel selbst ist Teil der Verfassung und als schlichte Einführung zu den folgenden Artikeln unterbewertet. Ihren Sinn und ihre weitreichende Bedeutung erschließt sich denjenigen, die sich mit der Präambel gründlich auseinandersetzen." Das haben wir getan. Die gesamte Verfassung als Grundordnung der Stadt ist also nach dem Impetus der Präambel auch dann auszulegen und das staatliche Handeln dahingehend auszurichten.

Schauen wir also uns die Präambel an, worauf wir auch unser Anliegen dann stützen. Und ich zitiere: "Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Durch Förderung und Lenkung befähigt sie ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs aller." Zitatende.

Mit den alltäglichen Rüstungstransporten über den Hamburger Hafen wird die Stadt diesem Anspruch aktuell nicht gerecht. Deswegen haben wir uns in der Volksinitiative zusammengefunden, um Hamburg zu einer Friedensstadt zu machen und damit die und damit die uneingelösten Hoffnungen nach Weltkriegsende Wirklichkeit werden. Eine Aufgabe, die angesichts der aktuellen Kriegszuspitzung in Europa relevanter und drängender nicht sein kann. Es ist die historisch spezifische Verantwortung Hamburgs, als Welthafenstadt dafür zu sorgen, dass ihre in der Verfassung beschriebene Aufgabe, Mittlerin des Friedens zu sein, erfüllt wird. In ihrer spezifischen Rolle immer schon als kaufmännische Handelsstadt, also auch in dem Sinne Hansestadt, weltweiten Handel zu betreiben mit dem Zusatz, dass wir eine Internationalität der Bevölkerung haben, die heute damit auch zum Ausdruck kommt, dass Menschen nahezu aus 200 Ländern hier leben und wohnen, steht sie eigentlich schon für die Völkerverständigung. Auch im Bewusstsein und Abgrenzung zur kolonialen Geschichte der Stadt muss dafür ein Handel auf Augenhöhe realisiert werden, der geeignet ist, weltweit den Wohlstand auszubauen mit Gütern, die überall auf der Welt ein gutes Leben ermöglichen. Der Handel mit den Rüstungsgütern dient demgegenüber aktuell nur dem schnöden Profit einiger weniger und kann nur Krieg, Zerstörung und Leid herbeiführen. Für Frieden muss Hamburg seine Wirtschaft aktiv lenken, wie es auch in der Präambel heißt, Rüstungstransporte stoppen und dafür einen zivilen Handel ausweiten.

Dies ist auch im Interesse der Hamburger Bevölkerung, die mit großer Mehrheit Frieden umfassend befürwortet. Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg. In der Stadt wird täglich Friedensarbeit bereits geleistet, für soziale Gerechtigkeit, für eine lebendige Kultur, in Schulen, Stadtteilzentren, Theatern, Museen, für Internationalität und die Aufnahme von Geflüchteten, gegen Rassismus, für Antifaschismus von hier in die ganze Welt.

Laut dem Meinungsforschungsinstitut Kantar sind in Deutschland über 90 Prozent der Bevölkerung für die Abschaffung der Atomwaffen, 70 Prozent lehnen bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Für ein Gesetz gegen Waffenlieferungen an kriegführende Staaten, in Krisengebiete sowie an Länder außerhalb von EU und NATO sprechen sich einer Umfrage zufolge 70 Prozent der Bürgerinnen hierzulande aus. Und während am Wochenende 100 000 Menschen – ich würde sagen, es waren auch deutlich mehr – in Berlin für Frieden demonstrierten, wurden Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet in die Ukraine beschlossen. Das verstößt gegen den Willen der Bevölkerung und gegen das humanitäre Völkerrecht und gegen die Menschenrechte. Krieg ist die größte Menschenrechtsverletzung.

Wir haben in den vergangenen Monaten 16 442 Unterschriften gesammelt im Rahmen der Volksgesetzgebung, händisch, wohlgemerkt, um den Friedenswillen der Hamburger Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Ein guter Anlass, um den Friedenswunsch der Bevölkerung nun auch aus dem Parlament heraus zu unterstützen.

Zur Verantwortung Hamburgs möchte ich noch Folgendes sagen in Kürze, das föderale System der Bundesrepublik geht als Lehre aus Faschismus und auf den Gedanken politischer Dezentralisierung und Demokratisierung zurück, um mit einem lebendigen Gemeinwesen Krieg und Faschismus entgegenzuwirken. Hamburg trägt Verantwortung für den eigenen Hafen und dafür, zu widersprechen, wenn dieser entgegen den eigenen gesetzten friedlichen Zielen genutzt werden soll. Die Stadt hat alle Möglichkeiten dazu. Es

gibt kein Gesetz, welches vorschreibt, dass der Transport oder der Transportweg von Rüstungsgütern durch den Bund bestimmt wird, vielmehr wird es sogar ausdrücklich den privaten Unternehmen überlassen, die Routen frei zu wählen.

Der Hamburger Hafen ist weitestgehend Eigentum der Stadt. Daher hat Hamburg auch die Hoheitsgewalt, über die Funktion und Zweckbestimmung zu entscheiden und sich auf die eigene Verfassung zu berufen. Und, wie bereits dargelegt, ist der höchste Maßstab des Handelns der Hamburger Bürgerschaft eben diese Verwirklichung und das Ausrichten des staatlichen Handelns auf die Ziele und Zwecke unserer gemeinsamen Hamburger Verfassung, dem Grundgesetz und der UN-Charta. Diese Verantwortung kann nicht an andere abgegeben werden.

Mit der Volksinitiative realisieren wir also seit einigen, fast zwei Jahren mittlerweile ein lebendiges Gemeinwesen. Was heißt wir? Wir sind ein breites Bündnis aus verschiedenen Organisationen, Vereinen, Initiativen und aber auch Einzelpersonen, die sich neu zusammengeschlossen haben, um dieses Ziel, den zivilen Hafen zu realisieren, zu erreichen. Wir sind Aktive aus hochschulpolitischen Zusammenhängen, Teilen des AStAs, der Fachschaftsräte und friedenspolitischen Arbeitskreisen an den Hamburger Hochschulen. Wir sind Aktive aus Gewerkschaften, wir sind Mitstreiterinnen aus der Friedensbewegung, die im Hamburger Forum für Frieden und Völkerverständigung und weltweite Abrüstung organisiert ist oder in der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen. Wir sind aber auch Mitstreiterinnen aus migrantischen Organisationen sowie Künstlerinnen, Filmemacherinnen, Mitstreiterinnen aus kirchlichen Zusammenhängen sowie aus der Hafendarbeiterbewegung oder einfach die Lehrerinnen von der Schule nebenan.

Zu unseren Bündnisunterstützerinnen zählen den GEW Hamburg, die ver.di Hamburg, der DGB Nord, Bildung ohne Bundeswehr, Seebrücke Hamburg, Friedensinitiativen aus den Stadtteilen Niendorf, Eimsbüttel und Bergedorf und bald auch aus Altona, aus Arbeitsgruppen der LINKEN, aus der IPPNW oder auch bekannt, ICAN, also den Ärztinnen gegen den Atomkrieg und Atomwaffen, der Gruppe Lampedusa in Hamburg, aus der Alevitischen Gemeinde werden wir unterstützt und dem Flüchtlingsrat und, und, und.

So sehen Sie, eine Friedensstadt zu schaffen mit guten Lebensbedingungen für alle Hamburgerinnen, geht uns alle an. Und daher, in verschiedensten Bereichen der Stadt wird es auch realisiert. Wissenschaft, Kultur, Werk tätige, Kunst, alle leisten einen Beitrag dafür. Hieran sollte sich auch die Bürgerschaft beteiligen und zur weltweiten Friedenssicherung beitragen und so die Friedensursachen ausbauen. Statt in Rüstung sollte das Geld in den Ausbau für Infrastruktur, Gesundheit, Soziales und Kultur gesteckt werden, denn was wir wissen sollten, ist, die Rohheit kommt nicht von der Rohheit, sondern von den Geschäften, die ohne sie nicht mehr gemacht werden. Und dazu möchte jetzt Martin Dolzer noch weiter ausführen, wie wir das anders verstehen können.

**Herr Dolzer:** Ja, einen schönen Nachmittag. An Frau Herrschel anschließend betone ich noch einmal, in der Hamburgischen Verfassung, im Grundgesetz, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in weiteren kontinentalen Menschenrechtskonventionen sowie in der Charta der Vereinten Nationen und Normen des Völkerrechts werden die Bevölkerungen und die Regierungen jeweils zum Frieden und zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Man hat sich eigentlich weltweit darauf geeinigt. Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte, wie sie in diesen grundlegenden Verträgen und auch in den Gesetzeswerken definiert sind, in der Praxis durchzusetzen oder auch einzuklagen, ist nicht immer einfach, sondern oftmals sehr schwer.

In Bezug auf Frieden fehlt dazu bei einigen Verantwortlichen in der Politik, und ich hoffe, Sie gehören nicht dazu, und in der Justiz oft der politische Wille. In Bezug auf eine Vielzahl von



Aspekten fehlt es aber auch noch an grundlegenden Gesetzeswerken oder Verträgen, die das im subsidiären Prozess unter den Konstitutionen, die wir benannt haben, überhaupt möglich machen. Auch da haben Sie als Parlament natürlich Möglichkeiten, Gesetze zu schaffen, die die Durchsetzung des Friedensrechts für alle Menschen ermöglichen.

Als Volksinitiative geht es uns im Konkreten um ein Gesetz, was Sie gestalten können, nicht allerdings ein Gesetz des Strafens, sondern ein Gesetz der Prävention und im weiteren Sinne auch der Konfliktheilung, denn wenn keine Rüstungsgüter mehr durch den Hamburger Hafen transportiert und exportiert werden, dann wird das dazu beitragen, dass die Welt ein Stück friedlicher werden kann, dass es weniger Konflikte gibt, denn jede Waffe, jede Munition kann ihr Opfer finden und trägt dazu bei, zur Destabilisierung und nicht zur Sicherheit.

Auf die Ausführungen von Frau Herrschel aufbauend werde ich nun ein bisschen etwas zur weltweiten Lage und der Verantwortung Hamburgs auch dafür sagen. Frieden bedeutet nämlich unserer Ansicht nach viel mehr als Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet ein respektvolles Zusammenleben, ein solidarisches Zusammenleben und eingehaltenes Völkerrecht und eingehaltene Menschenwürde. Es bedeutet, die gleichen sozialen Rechte und gleichen Zugang zu Wohnung, Bildung, Arbeit, Gesundheit sowie Kunst und Kultur. Und in Hamburg haben wir da viele Mittel dafür, das werde ich gleich noch schildern. Krieg bedeutet aber immer auch Kriegsverbrechen, Zerstörung von Lebensgrundlagen, Verzweiflung, Trauma, Flucht, systematische Erniedrigung von Menschen, die ich jetzt im Detail nicht benennen möchte, weil wir kein Gruselkabinett aufmachen wollen, sondern die Sensibilität der Menschen wecken wollen.

Wenn wir uns die weltweite Situation angucken, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es zu einer Neuordnung der Welt, mit der wir bis heute konfrontiert sind, und leider kam es auch dazu, dass im Mittleren Osten, in weiteren Regionen der Welt seitdem eigentlich ständig Krieg herrscht. Und es kam dazu, dass das Völkerrecht vielerseits ausgehöhlt wurde. Mit dem Jugoslawienkrieg, mit den Kriegen im Irak, in Libyen, in Syrien wurde das Völkerrecht verletzt. Mit der Abspaltung des Kosovo und der Krim wurde jeweils seitens der NATO und Russlands wechselseitig das als Sezession oder als völkerrechtswidrige Annexion beschrieben. Insgesamt spielen die USA in dieser Zuspitzung eine sehr, sehr aggressive Rolle, insbesondere im Mittleren Osten und in Südamerika, jetzt aber auch in dem Konflikt in der Ukraine hat die USA eher zugespitzt, während europäische Regierungen eher versucht haben, in diesen Konflikt etwas moderierend einzugreifen, was aber leider nicht gelungen ist.

Und ich möchte einmal, weil, der Ukraine-Konflikt beschäftigt ja alle, einen Kollegen der SPD-Fraktionärinnen zitieren, unseren ehemaligen Bürgermeister, den wir sehr achten, weil er ein sehr, sehr reflektierter Mensch ist, Herr Klaus von Dohnanyi. Der hat im "Spiegel" auf die Frage, der Ukraine-Konflikt gilt als eine Art Kalter Krieg 2.0, hier der Westen, dort Russland mit China, vor 14 Tagen gesagt: "Die Situation ist nur bedingt vergleichbar. Auf russischer Seite haben wir keine Sowjetunion mehr, dafür auf westlicher Seite eine nach wie vor stark auf die USA fokussierte Machtpolitik. Sie haben General Clausewitz zitiert, ich würde den Spruch in Bezug auf die USA umdrehen: Politik bedeutete für die Vereinigten Staaten nach 1990 die Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln. Die USA haben ganz andere Interessen als wir, sie sind zwar die Chefs der NATO, befinden sich aber 6 000 Kilometer entfernt von uns, ein großes Wasser trennt sie vom europäischen Boden. Wenn es Krieg in Europa gibt, trifft das die USA selbst überhaupt nicht. Entspannungspolitik bedarf einer sehr sorgfältigen langfristigen und klugen Planung. Das haben beide Seiten stets betont. Zudem kann man Krisen nicht entschärfen ohne den Versuch, die Interessen der anderen Seite genau zu verstehen. Ostpolitik beginnt im Westen, dieser Satz Willy Brandts ist noch immer aktuell. Wir müssen begreifen, was Russland und was die USA treibt, daneben müssen wir unsere eigenen Interessen definieren und auf diesem Hintergrund eine

tragfähige Strategie entwickeln. Putin weiß, dass mündliche Abmachungen", ich zitiere immer noch, "im Zweifelsfall nichts taugen. Anfang Februar 1990 sicherte US-Außenminister James Baker dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Gespräch zu, dass es keine Osterweiterung der NATO geben werde. Dafür gibt es nicht nur Bakers Aktenvermerk, sondern auch eigene Zeugen, Jack F. Matlock, damals US-Botschafter in Moskau. Doch US-Präsident George Bush setzte sich leichtfertig über die von ihm selbst vorgeschlagene mündliche Vereinbarung hinweg. Bushs Haltung e have won and not they“, schuf am Ende des Kalten Krieges die Basis für neue Spannungen."

Als Volksinitiative stehen wir für Frieden, für Dialog und dafür, dass Hamburg die Mittlerin des Friedens wird. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine ist mit nichts zu rechtfertigen, er ist völkerrechtswidrig und muss sofort gestoppt werden. Aber wir haben auch eine Verantwortung als Mittlerin des Friedens und die Bundesregierung ebenfalls, nicht durch Feindbildlogik und Geschichtsloses in eine weitere Verschärfung des Konflikts hineinlaufen, dafür zu sorgen, dass wieder ein Dialog möglich wird. Das kann nur die Basis sein und aus Hamburg können wir dazu beitragen. Zum Beispiel könnten wir das, indem wir jetzt – und Sie können das möglich machen in der Bürgerschaft – durch das Verbot der Rüstungstransporte per Landesgesetz ein weltweit hörbares Signal für den Frieden und die Entspannung setzen können, weil, die Bevölkerung in der Ukraine, die Bevölkerung in Russland, die Bevölkerung in Deutschland und allen europäischen Ländern ist mehrheitlich nicht für diesen Krieg. Wir brauchen hier in Europa kein Blutbad, wir brauchen Frieden. Und wir sagen das als Volksinitiative und als Friedensbewegte schon eigentlich seit Jahren, warum werden nicht die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten, auch der Ukraine, auch Russlands wahrgenommen. Und dazu gehört eben auch, dass wir keine Rüstung exportieren und aus Deutschland nicht dazu beitragen, dass solche Konflikte befeuert werden, dadurch, dass immer mehr Waffen in Regionen kommen, wo es eben virulente Konflikte gibt.

Der Senat und rot-grüne Politikerinnen – ich wechsele jetzt wieder zu dem eigentlichen Thema, aber wir haben uns dafür entschieden, wir sagen auch zu diesem Konflikt etwas, weil, es hängt damit zusammen –, leider sagen Sie oft, dass mit ..., die Militärpolitik, die Verteidigungspolitik hat mir Hamburg nichts zu tun, das ist rein auf der Bundesebene. Das stimmt so nicht, das stimmt auch für die Gesetzgebung nicht, da haben wir mehrere Gutachten dazu, da können wir vielleicht später auch noch dazu kommen, dass in der Nähe zu diskutieren, wenn Sie das gern möchten. Wir haben da eine sehr feste Position und eine sehr gefestigte, ein gutes Fundament dazu. Es wäre möglich auf der Landesebene die Rüstungstransporte zu unterbinden. Und es gibt aber viele, viele weitere Punkte, die Frieden aus Hamburg möglich machen. Wir haben hier 93 Unternehmen, die Rüstungsgüter über den Hafen verschiffen, dazukommt Munition, 1 000 Container pro Jahr, ungefähr 20 Tonnen pro Tag, dazukommen Waffen, Panzerwagen, Panzerraketenwerfer und Kriegsschiffe in großem Ausmaß, alles dokumentiert im Transparenzportal oder durch Anfragen im Bundestag. Und diese Güter werden transportiert unter anderem nach Mexiko, Brasilien oder Kolumbien, Sri Lanka oder Saudi-Arabien oder in die Türkei, alles Länder, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden oder auch zum Teil Kriegsrecht gebrochen wird oder völkerrechtswidrige Interventionen stattgefunden haben in den letzten Jahren. Dazu hat auch der Export der Kleinwaffen über den Hamburger Hafen in den letzten Jahren trotz Corona noch einmal zugenommen. Da wird Frau Koops später etwas zu sagen.

Wenn wir uns jetzt die Ziele angucken, wo die Rüstung, die in Hamburg produziert wird, letztendlich landet, wir haben Krauss-Maffei Wegmann, die schweißen im Hamburger Hafen die Panzerwanne und den Panzerturm für den Leopard-2-Panzer. Dieser war bei der völkerrechtswidrigen Intervention der Türkei in Nordsyrien, Afrin, mehrfach zu sehen und dort sind laut UN-Dokumentationen ethnische Säuberungen, systematische Versklavungen von Frauen, ethnisch bedingte extralegale Hinrichtungen, Vergewaltigung als systematische Mittel des Krieges und zusätzlich weitere Kriegsverbrechen, die ich jetzt nicht noch

aufzählen möchte, bei der UN dokumentiert und von der UN als solche benannt. Und der Panzer wird hier in Hamburg im Hafen produziert, über die Schiene an Rheinmetall geliefert, dort zusammengebaut, die Wanne und der Turm von Krauss-Maffei, der Rest von Rheinmetall und in die Türkei exportiert.

Wir haben in Bezug auf Kolumbien eine Mordstatistik des Jahres 2020: 292 Menschenrechtsvertreterinnen, -verteidigerinnen sind ermordet worden, meist von, laut Amnesty International, laut UN-Bericht, meist von paramilitärischen Kräften, die der Regierung nahestehen. Wir haben massive Exporte, Frau Koops wird es sagen in der genauen Menge, nach Kolumbien. In Mexiko haben wir ähnliche Probleme. In Kolumbien kommt noch dazu, dass seit dem Friedensvertrag dort auch noch 250 ehemalige Kombattanten der FARC ermordet worden sind, ebenfalls von Paramilitärs.

Sri Lanka, Saudi-Arabien wären weitere Länder, wo die Zerstörung deutlich wird, die durch diese Waffen bedingt ist. Das ist ein riesengroßes Problem und Hamburg hat da eine Verantwortung. Hamburg hat eine Verantwortung, weil Hamburg auch den Frieden stiften könnte. Das passiert aber nicht, wenn man die kolumbianische Außenministerin einlädt oder den mexikanischen Präsidenten, während 42 Studierende kurz zuvor massakriert worden sind von regierungsnahen Kräften in Mexiko. Oder während die kolumbianische Außenministerin, der nachgewiesen worden ist auf mehrfacher Ebene von Menschenrechtsorganisationen, dass sie mit paramilitärischen Gruppierungen zusammenarbeitet, und wenn man das dann bei Besuchen nicht sagt, dann hat man, glaube ich, ein bisschen doch seine Verantwortung verfehlt.

Wir hätten auch viele Möglichkeiten, positive Signale zu setzen. Wir sind als Hamburg Mitglied in Mayors for Peace. Auf eine Anfrage der Linksfraktion wurde gesagt, was macht Hamburg denn im Rahmen von Mayors for Peace, dann wurde gesagt, leider ist Frieden und Verteidigungspolitik Bundessache, deshalb machen wir nichts. Nein, die Mayors for Peace, Hannover richtet alle zwei Jahre eine große Konferenz aus, Hamburg könnte im Rahmen von Mayors for Peace sehr, sehr viel machen gemeinsam mit ICAN, gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von Hiroshima und Nagasaki Friedenssignale setzen durch Konferenzen. ICAN konnte gemeinsam, mit der Friedensbewegung gemeinsam, mit Begleitung auch aus dem Parlament dafür sorgen, dass der Städteappell kurz vor den letzten Wahlen beschlossen wurde, nur wurde seitdem leider nichts dafür getan, dass dieser auch auf Bundesebene ratifiziert wird, der Atomwaffenverbotsvertrag, oder dass man auch nur dieses Thema weiterspielen würde. Also sollte es sich bei so etwas doch wirklich um ernsthafte Anliegen handeln, die auch nach den Wahlen noch gelten und wo jeder von uns in der Zivilgesellschaft und von Ihnen im Parlament eine Verantwortung hat, eine Verantwortung, für den Frieden zu wirken. Das sind nur einige Möglichkeiten.

Wir sind die Fair-Trade-Stadt in Hamburg, wir machen dort viel auf der individuellen Ebene. Aber Fair Trade bedeutet auch, dass die Handelsverträge nicht nur auf der individuellen Ebene, sondern auch auf der Ebene von volkswirtschaftlicher Unterstützung zur Stabilisierung von Regionen ... Das verhindert Flucht, baut dort stabile Regionen auf, zum Beispiel in afrikanischen Ländern. Da muss es über das Individuelle viel weitergehen und die Handelsverträge müssen so gestaltet werden, dass sie eben nicht dazu dienen, unserer Wirtschaft dort freien Zugang ohne arbeitsrechtliche und ökologische Vorschriften zu machen, sondern dass unsere Wirtschaft dort auch insgesamt fair handelt.

Wir haben die SDG, die können auf allen Ebenen, und Frieden ist ein SDG, also die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, können sie umgesetzt werden. Dazu könnten Sie jetzt beitragen, wenn Sie sagen, ja, wir nehmen das Anliegen der Volksinitiative sofort auf, dann senden wir nämlich ein Signal für den Frieden.

Ein Programm zur Rüstungskonversion wurde vorgeschlagen in der Bürgerschaft und da wurde ebenfalls gesagt, ein Landesprogramm für Rüstungskonversion sei Bundessache. Das ist, ich muss sagen, das tut mir leid, das ist eine Verhöhnung, wenn Sie diese Ansicht weiter vertreten. Ich hoffe es ja nicht, vielleicht haben Sie sich ja noch einmal Gedanken dazu gemacht. Ein Landesprogramm mit gezielten Maßnahmen wie Wirtschaftsförderung für Konversionsbetriebe, Synthese von Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung für Konversionsbetriebe, ein Landesrat zur langsamen Umgestaltung der Wirtschaft, wo Konversion gefördert wird, gerade in einer Zeit, wo Klimakrise und medizinische Krise, wo medizinisch-technische und umwelttechnische Maßnahmen umgesetzt werden können, da hätte das ein Rieseninnovationspotenzial, wo wir doch hier im Ausschuss für Wirtschaft und Innovation sind. Da hätten Sie wirklich die Möglichkeit aus Hamburg, dass wir einmal ein Start-up, was Sie da fördern könnten, für bundesweite Rüstungskonversionsprogramme ... Das würde Hamburg auszeichnen, auch als einzigartige Stadt. Da haben Sie richtig Chancen, was zu machen. Genau. Soweit vielleicht erst einmal dazu.

Als Volksinitiative stehen wir wirklich dafür, dass alle Menschen zusammenleben können, weltweit, in Frieden und in Respekt, dass alle Menschen sich respektieren und dass jeder Mensch auch eine Verantwortung hat. Wir haben das beim Sammeln gemerkt, viele Menschen wussten überhaupt nicht, was in Hamburg alles über den Hafen transportiert wird, sind über uns aufmerksam geworden, haben alle gesagt, das kann doch nicht wahr sein, da müssen wir aber in eine andere Richtung steuern.

Und in diesem Sinne möchte ich noch einmal betonen, dass wir aus Hamburg für Frieden und Sicherheit wirken können, und ich freue mich auf eine Diskussion mit Ihnen, die hoffentlich differenziert wird und wo wir gemeinsam erörtern können, wie wir gerade in solchen Zeiten, wo wir sehen wieder, was Krieg bedeutet, obwohl, das sehen wir auch vorher schon, aber jetzt wird es noch einmal sehr virulent sichtbar anhand des Krieges, dass wir da in eine ernsthafte Diskussion kommen und Sie auch alle sich Gedanken machen, wie können wir von hier mit allen Mitteln Frieden schaffen. Und damit übergebe ich an Frau Koops, die noch einige konkrete Zahlen zu dem, was in Hamburg und im Hafen passiert, benennen wird. – Vielen Dank.

**Frau Koops:** Ja, danke, Martin, dann übernehme ich. Also ich bin Monika Koops, mein Schwerpunkt in meinem Ehrenamt liegt im Arbeitskreis Frieden in ver.di. Diese Tätigkeit hat mich sozusagen in die Volksinitiative gespült. Ansonsten bin ich Umweltingenieurin, das vielleicht einmal kurz zu einem etwas persönlicheren Hintergrund.

Ich fokussiere jetzt ein wenig auf den Hafen. Es ist wunderbar, dass wir vor diesem Ausschuss sprechen können, weil, es passt ja wie der Topf auf den Deckel oder umgekehrt war das, glaube ich. Sie sind ja sozusagen auch die Experten genau für den Teil dieser Stadt.

Die Randbedingungen sind Ihnen sicher alle klar, aber ich sage sie noch einmal. 1,9 Millionen Menschen leben in dieser Stadt, die Metropolregion umfasst zusätzliche 3,6 Millionen, von denen sicher ganz viele enge Bezüge in diese Stadt haben, sie können sich hier nur leider das Wohnen nicht mehr leisten.

Der Hamburger Hafen, der größte Seehafen Deutschlands und der drittgrößte in Europa, ist eine unserer Lebensadern, wir nennen es unser Tor zur Welt, damit bin ich schon groß geworden. Mit ihm sind wir alle, auch Sie, denke ich, und die Volksinitiative natürlich, eng verbunden. Und ganz besonders über ihn aktiv können wir Völkerfreundschaft pflegen und durch friedlichen Handel und Wandel stiften. Da habe ich jetzt einen Formulierungsfehler gemacht, aber das kriegen Sie, glaube ich, hin.

2019 arbeiteten im Hamburger Hafen im leider mit Rüstungsgütern und Kriegswaffen kontaminierten Container- und Stückgutumschlag 13 100 Menschen. Die Kolleg:innen dort

wollen gute Arbeit, sie wollen sie haben, sie wollen sie leisten und natürlich auch gut bezahlt werden. Gute Arbeit heißt gutes Tun, und Tun wird dabei großgeschrieben. Das wohnt den Menschen inne.

Wir, die Volksinitiative, es wurde bereits gesagt, ver.di, GEW, aber auch Seebrücke und der Zukunftsrat gehören dazu, auch die Naturfreunde, ich ergänze das ein wenig, und die vielen, vielen anderen Unterstützerinnen und 16 442 Unterschriften, das haben wir im Rücken und das ist der Auftrag an Sie, das ernst zu nehmen, was wir uns vorstellen, was Sie um... (...).

Ja, wir erwarten nun Taten. In der Präambel, das ist bereits gut erläutert worden, sind Sie der Ausschuss, der die Wirtschaft dazu befähigen kann oder das zumindest reinspielen kann in die Bürgerschaft, eben das umzusetzen. Genau. Die Befähigung für Hamburg, Mittlerin für den Frieden zu sein, ist in meinen Augen mit Blick auf den Status quo eine zutiefst innovative und zukunftsweisende Aufgabe, und dafür ist dieser Ausschuss ja da, so verstehe ich ihn. Der Duden sagt zu Innovation, Einführung von etwas Neuem, Erneuerung, Neuerung, neu. Das ist für mich, was noch nie da gewesen ist, das ist neu. Und das wäre, die Rüstungstransporte zu unterbinden.

Und wir kennen es alle, man muss es nur wollen, dann findet man den Weg.

Uns alle mahnen die Toten. Die Geschichte hatte Paula Herrschel schon im Hinblick auf die Präambel zitiert und uns wieder in die Erinnerung gebracht. Als Gewerkschafterin bin ich verbunden mit den Menschen, mit denen, mit den Grundbedürfnissen und besonders mit denen nach einem guten Leben. Und das geht weit über unsere Landesgrenzen hinaus in dieser globalisierten Welt. Wir organisieren uns als Erwerbstätige, sind solidarisch und haben in Deutschland, auch in Hamburg, einen gesellschaftspolitischen Auftrag für Frieden und Demokratie, denn Interessenwahrnehmung hört aus gutem Grund nicht am Werkstor auf.

Waffen schaffen keinen Frieden und keine Sicherheit. Abrüstung statt Aufrüstung ist eine unserer politischen Forderungen. Wir brauchen unser Geld für die fundamentalen und leider zusehends vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben, für gute Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Gerechtigkeit. Die Erwerbstätigen erarbeiten unseren Wohlstand. Politik hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass unsere Steuergelder den Menschen zugutekommen und es allen gut gehen kann. Wir Gewerkschafter:innen haben ein erweitertes und historisch untermauertes Grundverständnis von Sicherheit, das neben physischer Sicherheit auch die soziale Sicherheit umfasst, dass alle Menschen selbstbestimmt und würdevoll von guter Arbeit leben, gegen die Risiken des Lebens im Alter und bei Krankheit abgesichert und versorgt sind und von Beginn an als Kind und Jugendliche chancengleich ins Leben starten und sich und ihre Familien armutsfern durchs Leben bewegen können, dass wir angstfrei gute Zukunftsperspektiven entwickeln und unsere Persönlichkeiten im besten Sinne zum Wohle aller entfalten können.

Waffen schaffen keinen Frieden, schaffen keine Sicherheit, sie sind es, die die Angst verbreiten, und die, die sie in ihren Händen halten. Und mit der Angst der Menschen wird auf vielen Ebenen auf perfide Weise gespielt. Wir brauchen Respekt, Vertrauen und eine positive Perspektive. Tatsächlich unterbinden Waffen den unbedingten Willen, Verhandlungen zu führen, vermitteln vermeintliche Stärke und regen dazu an, sich hinter ihnen zu verstecken, anstatt sich mit Worten zu messen. So beginnt zwangsläufig ein Wettrüsten, ein Trugschluss und in keiner Weise ein zukunftsfähiges Modell. Das wissen wir aus dem Kindergarten und der Schule.

Ich möchte Ihnen in diesem Kontext kurz eine feministische internationale Stimme zu Gehör bringen, die mir bei meinen Recherchen über den Weg lief. Die 1915 gegründete Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, die WIPLF, die bei den Vereinten Nationen einen Beraterinnenstatus innehat und auf die Sicherheit aus feministischer Perspektive schaut. Sie betonen, dass das vorherrschende militarisierte Verständnis von Sicherheit der absolut falsche Ansatz ist. Sie vertreten den menschenrechtsbasierten

Ansatz von menschlicher Sicherheit, der das Wohlergehen aller, insbesondere der benachteiligten Individuen und Gruppen in den Fokus rückt. Sie fordern eine Entmilitarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik, dazu gehört auch der Stopp von Rüstungsexporten.

Dazu können wir hier aus Hamburg beitragen, Verantwortung übernehmen. Im menschlichen Zeitenlauf hat sich das eine oder andere aus Erkenntnis überholt. Aus unterschiedlichsten vernunfts- und wissensbasierten Gründen wurden und werden ganze Produktionslinien ab- und umgestellt. Atomkraft, Kohle, Erdölförderung, persistente, toxische, organische Chemikalien, chemische und biologische Waffenproduktion – es geht. Die Klimakatastrophe zwingt uns, umzudenken, Krieg und Klimafolgen sind ebenfalls auf vielfältige Art verbunden. Wenn wir überleben wollen, müssen wir handeln, und zwar sofort. Und jeder und jede ist aufgefordert, den maximalen Beitrag zu liefern. Wir leben in Hamburg nicht auf einer Insel, und auf andere verweisen, ist hier nicht angebracht. Die menschengemachten Katastrophen und global wirksamen Probleme wie Ungleichheit, Hunger, Armut, im Wesentlichen fußen sie auf einem Wirtschaftsverständnis, das versäumt, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Mit Umsetzung unserer Forderung wäre ein nicht unwesentlicher Beitrag zu einer besseren und sichereren Welt geleistet und das, was siebzig Jahre nicht ausreichend mit Leben gefüllt wurde, zumindest angegangen.

Ich gucke jetzt einmal zurück, und zwar auf den Hafen. Ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, wir schreiben das Jahr 2013, interessanterweise den Tag der Arbeit, das ist der 1. Mai gewesen. In Hamburg war damals zeitgleich der Kirchentag, das heißt, die Stadt war voller Gäste und alle auf den Beinen, viele im Hafen unterwegs, da brannte die Atlantic Cartier, ein Frachter. An Bord, so sollte es erst Tage später bekannt werden, 33 Container mit insgesamt 9 Tonnen Uranhexafluorid, 11 Tonnen Uranoxid und eine unbekannte Anzahl von Brennelementen. Zudem enthielt die Ladung Munition und Raketenbrennstoff, eine explosive und zudem radioaktive Mischung, im schlimmsten Fall mit weitreichenden Folgen für Hamburg und das Umland, natürlich für die Menschen.

Die Koalitionspartner in 2015, übrigens dieselben wie heute, verhandelten im Koalitionsvertrag aus, die Atomtransporte aus dem Hafen gesetzlich zu verbannen. Leider wurde nichts draus, man verstieg sich auf die unwirksame Selbstverpflichtung der Hafenvirtschaft. Drei Jahre wurde verhandelt. 2018 wurden mühsam abgerungene freiwillige Selbstverpflichtungen von HHLA, Hapag-Lloyd, Eurogate und Steinweg auf den Weg gebracht, doch leider zeigten sie erwartungsgemäß keine Wirkung. Noch heute werden Atomtransporte über den Hafen verschifft, natürlich auch noch durch die Stadt transportiert. Doch Atomtransporte sind anders zu beurteilen als Rüstungsgüter und Kriegswaffentransporte, denn bei ihnen ist der Transportweg Teil der Genehmigung, das ist bei den Rüstungsgütern nicht der Fall.

Dieses Ereignis hat jedenfalls eklatante Sicherheitslücken offenbart und als Nebenwirkung dazu geführt, dass beschlossen wurde, die im Hamburger Hafen umgeschlagenen Waffen- und Munitionstransporte, die unter gefahrgutrechtliche Vorschriften fallen, zu erfassen und im Transparenzportal abzubilden.

Wir wissen noch mehr. Über Quartalsanfragen an den Deutschen Bundestag seit 2018 wissen wir, welche Rüstungsgüter und Kriegswaffen in welcher geldwerten Größenordnung über den Hamburger Hafen exportiert werden. Die Antworten geben keine Auskunft in diesem Fall über die Zielhäfen oder gar die Mengen.

Wir wissen auch, was der Bundestag insgesamt genehmigt pro Jahr an Rüstungsexporten, das veröffentlicht er selbst. Hier werden die Empfängerländer wieder genannt. Wenn man jetzt glauben soll, alles zu wissen, dann ist das leider nicht so, aber es ist schon eine ganze Menge und es reicht, um vergleichend bewerten zu können und ein Gefühl für den Umfang zu bekommen. Ja, im Hinblick auf Transparenz bei den Rüstungsexporten besteht Nachholbedarf, da ist Deutschland ein Entwicklungsland.

Ich versuche das jetzt mit den Zahlen, etwas kurzzufassen. Die Genehmigungen in Deutschland lagen tatsächlich ..., in 2020 hatten wir leicht Hoffnung geschöpft, weil, sie sanken tatsächlich, sie lagen bei 5,8 Milliarden Euro, und das, nachdem in 2019 ein Rekordjahr hingelegt wurde mit 8 Milliarden Euro, zuvor niemals erreicht. 2021 machte sich auch erst ganz gut auf den Weg, auch wenn ich sagen muss, jede Waffe ist zu viel, die da genehmigt wird, aber die ersten drei Quartale hatte man das Gefühl, die Bundesregierung hält sich zurück. Und, nein, dann kamen die letzten Tage der Legislatur, kurz vor Weihnachten wurde die Rekordmarke von 2019 geknackt, die Bundesregierung beziehungsweise der Bundessicherheitsrat genehmigte noch ganz kurz vor Abgabe der Geschäfte 4,34 Milliarden Rüstungsgüter für Ägypten. Ägypten rückte in den Jahren 2019 bis 2021 von Platz drei auf Platz eins der Drittländerexporte, also der Exporte in Drittländer. Ägypten, ein autoritär regierter Staat, der nachweislich am Jemen-Krieg und am Krieg in Libyen beteiligt ist. Absolut unverständlich.

All das, was dann genehmigt wird von der Bundesregierung kommt zeitversetzt bei uns im Hafen an. Das ist meistens ein Jahr später der Fall, das kann man an den Zahlen ganz gut ablesen.

2020, infolge von 2019, war dann auch ein Boom-Jahr der Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen, knapp eine Milliarde Euro an Panzerkampfwagen, Revolvern, Pistolen, Kriegsschiffen, Artilleriewaffen, aber auch an Waffenteilen, Munition und Geschossen. Dabei immer die Kleinwaffen, wir hatten sie schon, sie sind in den vergangenen Jahren exorbitant gestiegen. Wie kann das angehen? Wir können ergänzen, dass in 2020, genau, in 2020 auf 35 Millionen Euro pro Jahr nur Kleinwaffen ... Die Zielländer werden in den Antworten in diesem Fall auch nicht genannt, aber wir wissen über die Munition, die hier, die wir aus dem Transparenzportal ablesen können an den Mengen, dass eben auch entscheidende Teile dieser Munitionstransporte eben nach Cartagena oder Veracruz oder Mancilla in Mexiko und nach Kolumbien verladen werden.

Ich will versuchen, mich etwas kürzer zu halten und gehe einmal zwei Seiten vor. Ja, Kolumbien, das kann ich und möchte ich gern hier teilen, heute Morgen bekam ich tatsächlich einen Rundbrief von internationalen Gewerkschaftsorganisationen. Die Überschrift ist, Schluss mit Morddrohungen gegen Fresenius-Gewerkschaftsvertreterinnen in Kolumbien. Tatsächlich wird dort gerade aktuell bei einem Tochterunternehmen von der Fresenius-Gruppe, also ein deutsches Unternehmen, mit Morddrohungen belegt. Das könnte dann mit einer deutschen Waffe, die über den Hamburger Hafen gegangen ist, passieren. Genau.

Ja, Atlantic Cartier. Ich erwähnt ja schon kurz die Geschichte dieser Listen, das heißt, die im Hamburger Hafen umgeschlagenen Waffen- und Munitionstransporte, die unter gefahrgutrechtliche Vorschriften fallen.

Ja, das mit den gefahrgutrechtlichen Bestimmungen, das ist extra so gemacht worden, damit sie sicher transportiert werden und am Ziel ankommen, ohne Mensch und Umwelt zu gefährden, bei uns. Im Zielland verhält es sich dann ja wohl etwas anders.

Über den Hamburger Hafen, das Transparenzportal, damit Sie eine Vorstellung davon bekommen, was das sein kann. Es gibt eine Liste dieser „Munitionsgeschichten“, zum Beispiel Torpedos mit Sprengladung, Patronen für Waffen, Handfeuerwaffen, Raketen, Flüssigtreibstoff mit Sprengladung, Bomben, die entzündbare Flüssigkeiten enthalten, Treibladungen für Geschütze. Das ist jetzt nur ganz plakativ, die Liste ist so lang, es lohnt, das einmal anzugucken. Die sind schwierig auszuwerten, das sind, ich weiß nicht, ich zeige Ihnen das nachher noch einmal, eng beschriebene Seiten. Was mir auffällt in den letzten Jahren ... Ich bemühe mich immer, das ein wenig auszuwerten, weil, ich finde es sehr, sehr wichtig zu wissen, worüber man ganz konkret spricht, weil, eines ist sicher, die Seitenanzahl wird länger und die Anzahl der Container wird immer mehr. Ein Container wiegt um die

20 Tonnen, netto 18. Das heißt, 18 Tonnen an Patronen und Munition, das ist meistens das, was über den Hamburger Hafen geht, befinden sich also in einem Container. Sie können sich vielleicht selbst ausrechnen, ich kann es kaum tun, wie viele Patronen sind das wohl. Und es ist so, dass das Jahr 2021 erwähnt werden muss. Im Hinblick auf den Containerumschlag mit genau diesen Gütern ist der Anstieg mehr als verdoppelt. Hatten wir 2020 in der Summe noch 331 solcher Container, dann sind es in 2021 768. Das können Sie jetzt gern multiplizieren mit 18 Tonnen und dann sich vorstellen, wie viele Patronen das sind. Ja. Ich höre jetzt mit den Zahlen auf und auch damit ... Ich möchte aber gern noch einen guten Abschluss finden.

Hamburg hat sich 2018 der Initiative Sicherer Hafen angeschlossen. Dazu hat es eine sehr schöne Presseerklärung unserer Bürgermeister gegeben, und zwar der aus Bremen, Carsten Sieling, Michael Müller aus Berlin und Peter Tschentscher aus Hamburg. Die Stadtstaaten erklären, und das hat die Bürgerschaft beschlossen, sie bleiben sichere Häfen für Flüchtlinge. Ist das nicht auch ein Grund zu sagen, keine Waffen in die Welt? Dann haben wir zumindest aus diesem Grund auch keine Menschen, die vor Gewalt fliehen müssen.

Meine letzten Worte lauten, Fluchtursachen gar nicht erst entstehen lassen. Wie wäre es damit? Keine Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen. Ein Hafen ohne Rüstungsgüter mit zukunftsweisender Industrie nachhaltig im ureigensten Sinne, nicht im inflationären Sprech, klimaneutral, ein Ort, an dem die Menschen gern arbeiten, gern verweilen und in Hamburg genau deswegen gern leben, eine positive humanistische, völkerverständigende Nachricht in die Welt tragen. Dafür muss man nicht besonders mutig sein, nur die Zusammenhänge begreifen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Ja. Vielen Dank an die Initiatoren, noch einmal namentlich Frau Koops, Frau Herrschel und auch an Martin Dolzer.

Wir haben in der Zwischenzeit auch schon eine sehr große Liste an Meldungen hier, ich lese sie einmal vor. Das ist zuallererst Herr Schmidt, dann Herr Kaya, dann Herr Wiese, dann Frau Freter, Herr Walczak, Herr Yildiz und Frau Herbst. Ich würde vorschlagen, wir lassen jetzt die Kollegen aus der Bürgerschaft zu Wort kommen. Sollten Sie allerdings noch irgendwas dazu sagen wollen von den Kollegen, oder soll es eine Frage sein, sind Sie eh dran, dann machen Sie sich einfach bemerkbar, denn es geht ja heute um Sie und Sie sollen, wenn Sie hier raus sind, nicht das Gefühl haben, dass Sie nicht zu Wort gekommen sind. Dann beginnen wir zunächst mit Hansjörg Schmidt, bitte sehr.

**Abg. Hansjörg Schmidt:** Ja, vielen Dank. Lassen Sie mich am Anfang einmal etwas Grundsätzliches sagen, passt auch ein bisschen zu dem, was hier gerade gesagt wurde. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin hier kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen aus einem einzigen Grund, die Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer stellt sein eigenes Unterdrückungsregime nämlich infrage. Und deswegen muss ich hier an der Stelle auch wirklich einmal mein Unverständnis über Äußerungen von Vertretern der Linkspartei hier äußern, die den Krieg im Kosovo mit dem Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine gleichsetzen. Das geht ehrlicherweise gar nicht, insbesondere nicht, wenn man die Bilder aktuell sieht, was da in der Ukraine los ist und man parallel hier Twitter-Nachrichten liest und Ähnliches, was da passiert. Da überschreiten Sie schon ehrlicherweise Grenzen. Die Menschen in der Ukraine verteidigen gerade ihre Heimat, ihre Freiheit und ihre Demokratie, die haben unser Mitgefühl und unsere volle Solidarität verdient. Das einmal vorweg zu dem, was hier teilweise gesagt wurde.

Dann zu der Initiative direkt. Das Thema Waffenexport ist in Deutschland ein zu Recht kritisch diskutiertes Thema. Es ist auch wirklich gut, dass wir es heute hier diskutieren. Und wir müssen hier auch noch einmal eines klarstellen, weil wir hier ja im Wirtschaftsausschuss sind, wir behandeln das hier, weil wir hier halt den Hafen behandeln. Für uns ist die Produktion und der Export von Rüstungsgütern kein Mittel der Wirtschaftspolitik, sondern



das ist eine Frage der Sicherheits- und Außenpolitik und deswegen hat Hamburg hier auch wirklich sehr, sehr wenig Spielraum. Nach dem Grundgesetz dürfen Kriegswaffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, transportiert und exportiert werden. Das Kriegswaffenkontrollgesetz regelt dabei die Herstellung, den Handel, die Vermittlung und die Ausfuhr von Kriegswaffen. Formal hat gar kein Antragsteller das Recht auf irgendeine Genehmigung, diese erteilt allein die Bundesregierung und das unter sehr großen Auflagen. Insofern ist es auch fraglich, ob die Forderungen der Volksinitiative hier mit höherrangigem Recht überhaupt vereinbar sind. Hamburg fehlt an dieser Stelle schlichtweg die erforderliche Gesetzgebungskompetenz.

Da muss man auch dazu noch einmal sagen, dass die Forderungen der Volksgesetzgebung immer den Rahmen der Gesetzgebungskompetenzen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg wahren müssen. Das ist eine Diskussion, die wir bei jeder Volksinitiative führen. Wir haben ja mehrere gerade hier auch in der Debatte und auch schon einige in der Vergangenheit durchgeführt. Und da gibt es auch diverse Rechtsgutachten, die im Ergebnis den Regelungen der Landesgesetzgeber in diesem Bereich als unvereinbar mit der Kompetenzordnung des Grundgesetzes und dem Grundsatz der Bundestreue ansehen. Da gibt es hier wirklich viele Überschneidungen, die doch sehr viele Fragen mit sich bringen. Zum Beispiel, das ist hier ja auch diskutiert worden, die Verordnung in Bremen zum Umschlagsverbot von Kernbrennstoffen. Das war Gegenstand diverser gerichtlicher Auseinandersetzungen und ist letztendlich eindeutig auch vom Verfassungsgericht kassiert worden.

Diese Vorlage hier umfasst die Forderung, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die den Transport und Umschlag von Rechtsgütern über den Hamburger Hafen verbietet. Das kann Hamburg rechtlich gar nicht leisten. Wir haben aber auch noch zusätzlich ein paar andere Fragen, die auch vor dem aktuellen politischen Szenario sich zu Recht auch stellen. Wie soll denn die Versorgungssicherheit der Bundeswehr gewährleistet werden, wenn über den Hamburger Hafen gar keine militärische Ausrüstung mehr verschifft werden kann? Wie soll die Bundesrepublik Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen mit der NATO nachkommen? All diese Themen werden hier gerade komplett ausgeblendet oder werden ins Gegenteil verkehrt. Die umfassende Reichweite des begehrten Verbots und seine sicherheitsrelevanten Auswirkungen werden in gar keiner erforderlichen Weise deutlich, und das ist etwas, das dann das Demokratieprinzip, das Gebot der Abstimmungsklarheit doch sehr trübt. Die Menschen, die am Ende über die Volksinitiative abzustimmen haben, die müssen sich mit einer einfachen Ja-Nein-Antwort schon am Ende auch im Klaren darüber sein, was sie dort abstimmen und da kann man hier schon sehr viele Fragezeichen dahinter bringen.

Ich denke deswegen, dass diese ganzen Fragen einer absolut weitergehenden rechtlichen Prüfung bedürfen. Ich habe auch da an die Initiative gar keine weitere Frage, sondern nur an den Senat eine kurze Frage. Wie der Senat denn das Urteil des Verfassungsgerichts zur Bremer Initiative beurteilt und inwieweit hier dieses Thema damit tangiert ist? Da haben Sie sicherlich auch schon Rechtsgutachten dazu vorliegen oder zumindest eine Einschätzung, was das Verfassungsurteil in Bremen dazu aussagt.

Und dann lassen Sie mich abschließend noch festhalten, der Hamburger Hafen ist ein Universalhafen und ist seit über Hunderten von Jahren ein verlässlicher Partner für seine Kundinnen und Kunden im In- und Ausland und das muss er auch in Zukunft bleiben. Und deswegen müssen wir ganz deutlich aufpassen, dass wir bei politisch motivierten Manövern den Hafen hier nicht in rechtlich trübes Fahrwasser bringen. Deswegen sollten wir von solchen Dingen aus meiner Sicht absolut die Finger lassen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Schmidt. Wir haben als Nächstes Herrn Kaya auf der Liste. Herr Kaya, bitte.

**Abg. Metin Kaya:** Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Also, ich komme ja ursprünglich aus einem Land, in dem Krieg geführt wird, in dem auch ein NATO-Partner, nämlich die Türkei, Krieg führt gegen eine Minderheit, gegen einen Teil des Volkes. Und als NATO-Mitglied führt eben, wie gesagt, die Türkei diesen Krieg. Also man kann nicht zweierlei Maß ansetzen, einmal auf der einen Seite ist es eben völkerrechtswidrig und auf der anderen Seite ist es okay, wenn auch die deutschen Panzer in der Türkei oder in Kurdistan Menschen umbringen. Das kann nicht angehen. Und ich bin auch sehr dankbar für die Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative für die detaillierten und sehr informationsreichen Erläuterungen. Und in diesem Sinne habe ich einfach noch einmal zwei kurze Fragen.

Einmal, es wurde ja gesagt ... und ich beglückwünsche Sie auch zu den über 16 000 Unterschriften. Einerseits möchte ich gern wissen, wie die Menschen reagiert haben, als Sie zum Beispiel diese Unterschriften gesammelt haben und in allen diesen Diskussionen, was die Menschen für Interessen zum Ausdruck gebracht haben et cetera.

Die zweite Frage wäre, die Vertreterinnen und Vertreter haben hier von der Rüstungskonversion gesprochen. Und ich würde gern einfach einmal wissen, wie die Initiative sich das so vorstellt, wie eine Rüstungskonversion stattfinden soll. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Ja. Vielen Dank, Herr Kaya. Dann gebe ich die Frage einmal gleich an die Initiative weiter, die mich auch sowieso gebeten hat, hier noch einmal direkt auf Herrn Schmidt antworten zu können. Dann einmal an die Initiative, bitte sehr.

**Frau Herrschel:** Vielleicht fangen wir rückwärts an und ich würde einmal was zu Herrn Metin Kayas Frage sagen, wie die Reaktionen der Bevölkerung waren. Wir hatten es vielleicht ein bisschen ja schon erwähnt, aber ich glaube, was entscheidend ist, ist, dass das Bewusstsein, die eigene Sicherheit, das eigene Leben in die eigenen Hände zu nehmen, ziemlich viel Bedeutung hat und dass ziemlich viel ... Also gerade unter diesen Corona-Auseinandersetzungen, -bedingungen und -einschränkungen insbesondere im letzten Jahr ziemlich deutlich wurde, dass eigentlich die Bevölkerung ganz anderes umtreibt, nämlich, wie tatsächlich ein gutes Leben für alle möglich sein kann und deswegen das eine sehr große Befreiung ist, ja, darüber zu sprechen, was in der Welt los ist, was grundsätzlich große globale Probleme sind, die gemeinsam angegangen werden müssen. Und da spielt eben der Bezug von Krieg eine enorm wichtige Rolle und damit sind auch sofort die Rüstungsexporte aufgerufen. Denn es gibt eben nicht diese Trennung, Rüstungsexporte sind irgendwie einfach etwas für Sicherheit und ... Wie hat Herr Schmidt das kurz ... genau. Also hat er ja formuliert, von wegen Sicherheitsmaßstab oder so, sondern das ist immer Bedrohung und es ist immer Leid und es ist immer Angst damit verbunden und in dem Sinne ist das ein Befreiungsschlag. Und das wurde uns auch sehr stark entgegengebracht von der Bevölkerung, dass das gut ist, gemeinsam zu sagen, wir wollen das hier über diesen Hamburger Hafen nicht mehr haben, wir wollen eben auch keine Bundeswehr hier dauerhaft sehen in, ich weiß nicht, ja, ihrer Montur, damit sie kostenlos Bahn fahren können. Sondern da geht es doch genau darum, dass das für alle möglich sein muss und deswegen auch das Geld, was für Rüstung ausgegeben wird, viel mehr in die Gesundheitsversorgung gesteckt werden muss, was jetzt unter Corona besonders deutlich wurde, in die Mobilität, in die Nachhaltigkeitsfrage. Also alles, was die Bevölkerung beschäftigt, hat vor allen Dingen damit zu tun zu sagen, wir wollen das nicht, weil wir was anderes wollen. Und das, glaube ich, ist der entscheidende Moment und auch die Hauptreaktion der Bevölkerung, dass sie vor allen Dingen, ja, das selbst in die Hand nehmen wollen und es anders haben wollen.

**Abg. Martin Dolzer:** Ja. Und überwiegend die Menschen haben, ich würde sagen, zu 70 bis 80 Prozent gesagt, natürlich unterschreiben wir das gern, weil, wir wollen keine Rüstungsexporte haben. Wo ein Wille ist, da ist auch immer ein Weg. Ich will aber erst einmal auf Herrn Kaya noch einmal eingehen.

Sie haben natürlich recht, wir stimmen da überein, als Volksinitiative wollen wir nirgendwo Krieg in keinem Land. Es ist egal, ob es in der Ukraine ist, in Jugoslawien, im Kosovo oder in der Türkei selbst, wo die Regierung Erdogan gegen die Bevölkerung teilweise auch mit deutschen Waffen und Panzern vorgeht, erst recht nicht mit ... Es gibt viele Berichte über Chemiewaffeneinsätze im Nordirak, die sind schwer verifizierbar, weil, die Kurden dort nicht die OPCW anrufen können, um das zu klären, das kann nur ein Staat. Auch da hätten wir eine Verantwortung und da hat Herr Kaya recht, wir müssen jeden Krieg und jeden Tod mit den gleichen Maßstäben messen. Es darf überhaupt nicht passieren weltweit und dafür stehen wir mit dem, was wir wollen. Und unser Ansatz ist ja ein ganzheitlicher. Wir sagen, die Konversion ..., auch auf die Frage von Herrn Kaya.

Es gab in Bremen ein Rüstungskonversionsprogramm, ein Landesrüstungskonversionsprogramm, wo sehr wohl gute landespolitische Mittel angewandt worden sind für die Konversion. Wo gesagt wurde, gefördert werden insbesondere über Sondertöpfe, im Haushalt beschlossene Töpfe, Unternehmen, die gemeinsam mit der Wissenschaft, mit universitären Instituten oder auch mit ..., entweder staatlicherseits oder Forschungsinstituten entwickeln die Konversion. Das kann funktionieren, die Wissenschaft in Hamburg ist leider in den letzten zehn Jahren zunehmend militarisiert worden durch mehrere Maßnahmen. Das steht Zivilklauseln entgegen, die es teilweise sogar gibt, aber es wird immer mehr Dual-Use-Bereich geforscht, es wird immer mehr direkte Forschung auch an militärischen Projekten gemacht, egal, ob es in der HAW ist trotz Zivilklausel, egal, ob es an der Universität ist auf die eine oder andere Weise, Drohnenschwärme sage ich nur zum Beispiel, Airbus. Da haben die Hamburger Universitäten was zu tun gehabt damit. U-Boot-Drohnen mit Atomar, die Fraunhofer-Stiftung, um nur zwei von in mehrere Dutzend gehende Projekte zu nennen. Das könnte man ganz anders handhaben und das kann man auch staatlich steuern. Man kann genauso Anreize geben für Unternehmen, gerade in Corona-Zeiten in der Medizintechnik, in der Umwelttechnik. Man kann Räte bilden, gesellschaftlich, von den Gewerkschaften, von der Industrie, aus der Politik, aus der Zivilgesellschaft, die eine solche Konversion steuern. Es muss kein einziger Arbeitsplatz verlorengehen, wenn man das klug macht. Das ist eine Programmatik, das muss man politisch wollen und dann kann man es umsetzen.

Und genauso ist es, Herr Schmidt, mit der Situation und der rechtlichen Lage in Bezug auf die Landesgesetzgebung zur Unterbindung der Rüstungstransporte. Wir haben zwei Gutachten machen lassen. Wir haben natürlich nicht so viel Geld wie eine der großen Fraktionen und auch nicht so viel Geld wie der Senat. Der könnte sicherlich noch sehr viel mehr Gutachten machen und allein diese zwei Gutachten ... Wir wollten keine Gefälligkeitsgutachten, sondern wir haben gesagt, findet raus, ob es geht oder nicht. Und wenn wir uns das angucken, es geht, es funktioniert, es kann gehen, man kann es konsistent durchargumentieren trotz des bremischen Urteils, was Sie ja eben aufgeworfen haben. Das bremische Urteil ist ein, ich habe es hier einmal gesamt, auch mehrfach durchgearbeitet, auch mit Juristinnen, die genau auf diesem Gebiet arbeiten, vom European Center for Constitutional and Human Rights, gemeinsam diskutiert. Das bezieht sich auf die Nukleartransporte und in dem Artikel 73 Absatz 1 Satz 14 des Grundgesetzes ist dort geregelt, dass die friedliche Nutzung der Kernenergie Bundessache ist. Ein Äquivalent haben wir für Rüstungsgüter nicht im Grundgesetz.

Sie haben darunterliegende Normen benannt, da ist es aber die Frage, ob es eine Vorfrage ist oder nicht, da könnten wir jetzt wahrscheinlich stundenlang in die Tiefe gehen, aber es ist möglich und nicht nur mit einer Teilentwidmung wie in Bremen, es gibt auch andere aufgrund von Besitzverhältnissen regulierte Möglichkeiten. Wenn Sie das wollten, dann könnten Sie das auf jeden Fall umsetzen und durchsetzen und auch unangreifbar durchsetzen mit entsprechenden Regelungen, die Verträge, die auslaufen und so weiter zu handhaben wären. Deshalb finde ich das schon sehr undifferenziert zu sagen, das funktioniert nicht. Ich kann mir ein Gutachten schreiben lassen, dass es nicht funktioniert, das muss ich aber nicht tun, wenn ich es möchte, dass es eine Möglichkeit gibt, die evaluiert

wird, konsistent es handzuhaben, auf Landesgesetzesebene funktioniert es, Sie müssten es nur wollen.

Und der zweite Punkt, den Sie benannt haben mit der Bundeswehr und der Verhinderung im Ernstfall der Verschiffung von allen Sachen, die man sich in einem Ernstfall vorstellen kann. Sie wissen es ganz genau, glaube ich jedenfalls, dass Sie es wissen, wenn Sie es nicht wüssten, dann würden Sie meine Meinung von Ihrer Intelligenz Lügen strafen. Sie müssen es eigentlich genau wissen, dass es da Sonderregelungen gibt. In einem Fall, wo ein Bündnisfall für die Bundeswehr auftritt, haben wir natürlich eine andere Regelung für den Transport, und das wissen Sie ganz genau und die werden nicht verhindert, auf gar keinen Fall, weil, das ist etwas anderes in einem Kriegsfall als in der normalen rechtlichen Situation. Von daher brauchen wir nicht etwas aufzubauschen, was es eigentlich gar nicht gibt. Und die Abstimmungs Klarheit, die Sie angesprochen haben, die ist ebenfalls gegeben, weil der Satz, den wir formulieren, ist sehr klar. Wir wollen eine Landesgesetzgebung zur Unterbindung der Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen. Klarer geht es überhaupt nicht. Von daher, bitte lassen Sie uns nicht irgendwelche Pappkameraden aufbauen, sondern differenziert und nüchtern an der Sache bleiben. Wenn Sie es wollen, können Sie es, wenn Sie es politisch nicht wollen, werden Sie versuchen, es zu unterbinden.

**Vorsitzender:** Ja. Vielen Dank, Herr Dolzer für Ihre Ausführungen. Wir kommen dann zu Herrn Wiese. Bitte sehr, Herr Wiese.

**Abg. Dr. Götz Wiese:** Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben ja jetzt lange zugehört, uns alle mahnen die Toten. Ich glaube, das ist schon etwas, was uns gemeinsam umtreibt. Uns mahnen auch die Toten in der Ukraine, jetzt, heute. Und ich glaube, das Thema ist viel komplexer, als es dann so zuzuspitzen, wie wir es von Ihnen, von der Volksinitiative gehört haben. Insofern muss ich sagen, manches, was Sie geschildert haben, ist natürlich vom Befund her so, dass es uns alle nachdenklich macht. In der Analyse kommt man vielleicht zu unterschiedlichen Ergebnissen, in der Politik ganz sicher. Und wenn man verantwortungsethisch an die Fragestellung herangeht, dann, das mögen Sie mir als einem Hauptmann der Reserve nachsehen, kann man auch zu fundamental anderen Ergebnissen kommen. Und ich glaube, dass wir das auch in der aktuellen Stunde, wo Verantwortungspolitik und Verantwortungsethik mehr gefragt sind, als wir das in Europa für lange Zeit für möglich und für nötig gehalten haben. Da wird man das doch noch einmal zuspitzen dürfen. Ich bin deswegen, ich will das auch vorwegschieben, wenn wir morgen die Diskussion dazu in der Bürgerschaft und die Regierungserklärung des Bürgermeisters und die Aussprache danach ... Ich glaube, es ist eine wichtige Rede des Bundeskanzlers gewesen am vergangenen Sonntag und die Kehrtwende, die vollzogen worden ist in der Außen- und Sicherheitspolitik auf Bundesebene ist eine wichtige und das, was der Bundeskanzler und auch die Frau Bundesaußenministerin, der Bundesfinanzminister und Friedrich Merz als Oppositionsführer dazu gesagt haben. Es war eine würdige Stunde im Deutschen Bundestag, jedenfalls, was diese Reden betrifft.

Und das ist ein Weg hin zu dieser verantwortungsethischen Position in der Bundesrepublik, der gegangen werden muss und der für viele schwierig ist. Ich meine, im Wahlprogramm der GRÜNEN jetzt zur Bundestagswahl stand eben noch drin, dass Exporte von Waffen in Krisengebiete sich verbieten. Und wir sehen jetzt eine andere Entscheidung. Und ich weiß, dass das vielen schwerfällt, ich glaube, dass diese Entscheidung ganz eindeutig richtig ist. Und die SPD hat sich dazu auch das Tor offengelassen, aber es wird für die SPD auch eine Belastung sein. Und ich glaube, dass wir insgesamt jetzt diese Entscheidung in dieser Krisensituation mit einer nachhaltigen Politik unterlegen müssen. Und dazu gehört dann eben auch die Frage der Lieferung von Waffen an ausländische Staaten und dazu hat Hansjörg Schmidt das Notwendige schon gesagt.

Das ist ein Instrument der Sicherheitspolitik, nicht der Wirtschaftspolitik. Es ist eine Regelung, die sich in Artikel 26 des Grundgesetzes verorten lässt, wo wir eine Genehmigung

der Bundesregierung vorgesehen haben, dazu dann die Ausführungsbestimmungen im Außenwirtschaftsgesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz. Das ist eine verfassungsrechtlich dem Bund zugewiesene Fragestellung, das Land hat keine Gesetzgebungskompetenz und deswegen habe ich das auch schon vor einem Jahr in der Bürgerschaft gesagt, ist es dann letztlich eben doch auch Symbolpolitik, wiewohl ich glaube, dass wir uns über diese Fragen auch ganz grundsätzlich austauschen sollten. Aber die Volksinitiative ist nach meiner Meinung klar auf dem falschen Weg und es ist zu hoffen, dass sie nicht zum Erfolg führt. Sie würde auch zu einer Schädigung des Hamburger Hafens, des Universalhafens führen, eine Überlastung des Hafens mit Fragestellungen führen, die dieser nicht beantworten sollte. An der Stelle muss der Hafen agnostisch vorgehen, wie ich fest glaube. Insofern ist die Diskussion über den Umgang mit Waffen in Krisengebieten eine wichtige, eine schwierige und eine, die wir ja in diesen Tagen und auch in den kommenden Monaten weiterführen müssen. Und diese Diskussion ist wichtig, die Volksinitiative geht in die falsche Richtung.

Ich hätte aber gleichwohl noch ... und würde gern die Frage auch von Herrn Schmidt aufgreifen, die, glaube ich, noch unbeantwortet ist, wie die BWI jetzt mit diesem Thema umgeht, wie der Senat insgesamt ... Vielleicht kann Herr Staatsrat Rieckhof dazu etwas sagen, wie der Senat insgesamt jetzt damit umgeht. Dass wir uns da noch einmal auf den aktuellen Stand bringen in verfassungsrechtlicher, also juristischer Hinsicht, aber auch im Hinblick auf die Entscheidungsfindung auf Ebene der Behörde für Wirtschaft und Innovation. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Wiese. Dann möchte ich einmal das Wort an den Senat weiterreichen. Herr Rieckhof, bitte, wenn Sie vielleicht dazu was sagen möchten, Sie sind dran.

**Staatsrat Rieckhof:** Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, der Senat beschränkt sich, das wird Sie nicht wundern, heute auf eine rechtliche Bewertung des Antrags der Volksinitiative, jedenfalls auf eine vorläufige rechtliche Bewertung. Insofern ist festzustellen aus Sicht der Senatsvertreter heute, dass die Länder der Bundesrepublik nicht die Gesetzgebungskompetenz im Reich des Außenwirtschaftsrechts und auch nicht des Kriegswaffenkontrollrechts haben und deshalb eine Hamburgische Rechtsgrundlage, wie sie von der Initiative, von der Volksinitiative beantragt wird, rechtlich nicht zulässig wäre.

Das Thema wird ja in der Bürgerschaft, das ist angesprochen worden, auch nicht zum ersten Mal diskutiert. Und der Senat hat auch in der Vergangenheit immer wieder betont, dass es sich um eine Angelegenheit handelt, die rechtlich auf Bundesebene zugeordnet ist.

Was den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot des Umschlags in Bremen angeht, das war am 7. Dezember 2021, würde ich Herrn Klebe – ich hoffe, er ist in der Leitung – hier um eine Einschätzung bitten. Wir haben das natürlich intern erörtert.

Erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung, die eine Petentin hat eben gesagt, sie wolle keine Bundeswehr mehr in Hamburg sehen. Und dazu kann ich nur sagen und ich denke, das ist auch die Einschätzung des Senats, der Senat steht zur Bundeswehr, er steht zur Landesverteidigung, auch zu den Einrichtungen der Bundeswehr, die wir hier in Hamburg haben. Herr Klebe.

**Herr Klebe:** Ja. Ich kann das gern noch einmal ergänzen. Wir haben die Sache, wie Sie selbst ja auch schon vermutet haben, natürlich rechtlich geprüft und stellen fest, im Grundgesetz ist es tatsächlich so, Herr Wiese sagte es eben auch schon, dass es eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes gibt für diese Fragen, in Artikel 26 Absatz 2, was die Kriegswaffen angeht und in Artikel 71, was die Außenwirtschaft im Übrigen angeht, wo es im Außenwirtschaftsgesetz und der Außenwirtschaftsverordnung dann ja geregelt ist, soweit es nicht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fällt. In diesen Bereichen hat Hamburg

schlichtweg keine Gesetzgebungskompetenz. Jede Regelung, die da erlassen werden würde, wäre rechtswidrig, unabhängig davon, ob sie von einer Initiative ausgeht oder von der Bürgerschaft beschlossen werden würde. Und das ist genau der Punkt, den das Bundesverfassungsgericht zu dem Thema Atomtransporte in Bremen aufgegriffen hat. Da wurde genau dieser Aspekt aufgeführt. Da gibt es auch eine ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Die Lage ist hier kein bisschen anders. Sie gleicht der mit den Atomtransporten wie ein Ei dem anderen in rechtlicher Hinsicht. Und insofern wäre es unzulässig, auch unter dem Gesichtspunkt Widmungsrecht. Natürlich hat die Stadt das Recht, ihre eigenen Einrichtungen und auch den Hafen zu widmen, aber sie darf natürlich das Widmungsrecht nicht einsetzen, um zweckgerichtet final Dinge damit zu regeln, die nach der Kompetenzordnung dem Bund zugeordnet sind. Das hat das Bundesverfassungsgericht auch sehr deutlich gesagt, und das war etwas, was damals in der Diskussion, als sie in Hamburg stattfand, auch schon immer gesagt worden war, und aus unserer Sicht also völlig klar ist. Das ist die Position des Senats dazu in rechtlicher Hinsicht, die aus meiner Sicht eigentlich auch relativ eindeutig ist.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Klebe. Haben Sie es beendet? Gut. Danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Wir kommen dann als Nächstes zu Frau Freter und danach Herr Walczak. Wir sammeln jetzt einmal und dann geben wir die Fragen von Ihnen beiden dann an die Initiative weiter. Zunächst aber erst einmal Frau Freter. Bitte sehr.

**Abg. Alske Freter:** Vielen Dank. Vielen Dank auch an die Volksinitiative für die Darstellung des Anliegens. Ich möchte auch ganz zu Anfang einmal meinem Kollegen Herrn Schmidt für die klaren Worte am Anfang seines Wortbeitrags danken. Ich fand tatsächlich auch in manchen Teilen Ihre Wortbeiträge, also die der Volks-Initiative, schwer aushaltbar in Anbetracht der wirklich verzweifelten Lage der Menschen in der Ukraine. Ich möchte hier noch einmal ganz kurz ganz klarstellen, dass das ein Angriffskrieg ist von Putin, und es gibt dafür keine Erklärung, keine Legitimation. Punkt. Auch keine Vergleiche mit dem Kosovo und so weiter.

Ich glaube, der rechtliche Rahmen, das haben wir jetzt gerade noch einmal vom Senat gehört, ist recht eindeutig, dass das Bundeskompetenz ist in unseren Augen und das Anliegen sich sozusagen an Hamburg richtet, aber wir da nichts ausrichten können. Nichtsdestotrotz achte ich und achten wir GRÜNE das Anliegen, sich für eine Welt ohne Krieg einzusetzen. Keine Frage. Ich finde es auch bemerkenswert übrigens, dass Sie es geschafft haben, während der Pandemie so viele Unterschriften zu sammeln für dieses Anliegen. Das zeigt ja auch, dass den Hamburger Bürger:innen dieses Anliegen wichtig ist und dass sie sich für Frieden einsetzen. Ich gebe Ihnen da auch recht, wenn Sie sagen, Krieg bringt nichts Gutes und bringt nur Leid und Tote. Ich glaube, wir sind uns da auch der Rolle des Hamburger Hafens in dieser Runde bewusst in Bezug auf die Kontrolle und Begrenzung von Rüstungsexporten. Mit den Transparenzportal haben wir ja deshalb schon eine wichtige Grundlage auch geschaffen, um Informationen zu den im Hamburger Hafen umgeschlagenen Rüstungsgütern offen darzustellen.

Und ja, da gehe ich jetzt noch einmal kurz auf den Wortbeitrag von Herrn Wiese ein, wir GRÜNE haben immer gesagt, keine Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete. Jetzt haben wir ein Land, das da von einem anderen überfallen worden ist und auch das Recht hat, sich zu verteidigen. Und, das gebe ich hier auch ganz offen zu, das fällt uns GRÜNEN nicht leicht. Das ist so, das muss ich hier nicht bestreiten. Für uns ist aber trotzdem klar, dass die geltenden Rüstungsexportrichtlinien einer strengeren Kontrolle unterliegen müssen. Wir sehen da aber eben den Bund in der Pflicht, und deswegen haben wir auch als GRÜNE immer wieder auf Bundesebene ein schärferes Rüstungsexportkontrollgesetz gefordert, was die Bundesregierung verpflichten soll, eine außen- und sicherheitspolitische Begründung für ihre Entscheidungen zu liefern, sodass das nicht nur eine rein wirtschaftliche Entscheidung ist. Das ist ja jetzt auch im Ampel-Koalitionsvertrag auf der Bundesebene verankert.

Ich glaube, wir begrüßen trotzdem, dass es eine gesellschaftliche Diskussion über diese ganzen Fragen gibt. Ich glaube, die brauchen wir jetzt auch. Ich glaube, die Entwicklungen in Europa und der Welt zeigen das ganz deutlich. Deswegen finde ich es gut, dass wir uns darüber unterhalten. Aber, wie gesagt, wir haben hier in Hamburg nicht die ausreichende Gesetzgebungskompetenz. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau Freter. Als Nächstes habe ich Herrn Walczak auf der Liste. Bitte, Herr Walczak.

**Abg. Krzysztof Walczak:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Danke auch an die Volksinitiative. Das war ja jetzt ein siebzigminütiger Crashkurs Pazifismus. Der hätte gar nicht so lang sein müssen, denn die Hauptthese, die Sie ja vertreten, ist ja im Wesentlichen, Gewalt ist immer falsch. Sie haben dann entsprechend auch das allgemeine Gewaltverbot in der UN-Charta zitiert. Ich erlaube mir dann aber vielleicht auch einmal, den Artikel 51 der UN-Charta zu zitieren, der sagt das Folgende:

"Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat."

An der Stelle könnten wir die Diskussion auch schon beenden, weil es zeigt, dass Gewalt eben nicht immer falsch ist. Jeder hat das Recht, sowohl jedes Individuum als auch jeder Staat, sich gegen einen rechtswidrigen Angriff zu verteidigen, und das machen Sie im Zweifel natürlich nicht mit Wattebäuschchen, sondern eben mit Waffen. Insofern das einfach noch einmal dazu, um diesen pazifistischen Diskurs einfach einmal auch entsprechend zu kontextualisieren.

Dann haben Sie ja mehrere Ausführungen gemacht im Detail, die dann mit etwas antiamerikanischer Schlagseite versucht hat die auch in meinen Augen ja zum Teil missratene Interventionspolitik des Westens zu kritisieren. Dazu muss man allerdings feststellen, dass das ja aber nicht das Anliegen Ihrer Volksinitiative ist. Sie möchten ja pauschal sämtliche Waffenexporte über den Hamburger Hafen verhindern und differenzieren ja nicht, was ja beispielsweise eine mögliche Linie wäre, das haben wir ja auch schon gehört, die GRÜNEN haben das ja auch lange vertreten, dass beispielsweise nicht in Konflikt- und Kriegsgebiete exportiert wird. Ja? Aber das ist ja eben nicht Ihr Anliegen, sondern Sie wollen ja generell alle Waffenexporte verbieten. Deswegen weiß ich nicht, ob diese Ausführungen zu den Fehlern unserer eigenen Außenpolitik da helfen. Und ich möchte mich auch noch einmal ausdrücklich meinen Vorrednern anschließen, dass das in keiner Weise einen Angriffskrieg gegen die Ukraine rechtfertigen kann.

Dann hatten wir auch noch gesprochen über die Frage, ob das hier überhaupt die richtige Ebene ist, auf der Sie Ihr Anliegen vortragen. Die Argumente, die hierzu vom Senat und auch von Herrn Schmidt vorgetragen wurden, sind alle stechend aus meiner Sicht. Ich würde aber auch jenseits der rechtlichen Ebene die politische Frage gern an Sie stellen. Selbst wenn Sie hier auf Landesebene ein solches Gesetz erhalten würden, so kommen Sie ja nicht an der Tatsache herum, dass wir in Kontinentaleuropa halt eben mehr als einen Hafen haben und dass selbstverständlich Firmen wie Krauss-Maffei-Wegmann, wenn sie zum Beispiel einen Panzer verkaufen wollen, dann eben an einen anderen Hafen gehen würden. Also ist es nicht wirklich nur reine Symbolpolitik, was Sie hier uns sozusagen anempfehlen?

Und die letzte Frage, die ich hätte, ist tatsächlich die Frage, was sollen wir jetzt eigentlich Ihrer Meinung nach konkret tun? Weil, Sie sagen ja, Sie wollen also, dass Waffenexporte über den Hamburger Hafen verboten werden. Gleichzeitig haben Sie in Ihrem Vortrag aber dargelegt, dass Sie das ja eigentlich nicht machen wollen über Strafen oder Sanktionen. Vielleicht über ein Konversionsprogramm, vielleicht im Dialog. Ändert alles ja nichts daran,

dass, wenn sozusagen jemand sagt, so, ich möchte jetzt einen Panzer über den Hamburger Hafen exportieren, dass Sie dann ja irgendeine Regelung brauchen, irgendeinen Sanktionsmechanismus. Also bitte erklären Sie doch, wie das dann funktionieren soll, ohne dass wir dann eben entsprechende straf- oder meinetwegen ordnungsrechtliche Vorschriften treffen. Das verstehe ich einfach nicht. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Walczak, vielen Dank, Frau Freter. Frau Freter hatte mehrere Anmerkungen gegeben und Herr Walczak ursprünglich auch, aber am Ende haben sie dann doch noch zwei Fragen gehabt. Dann gebe ich das an die Initiative weiter. Das ging das eine Mal um die reale Tatsache, wie man sonst Firmen behandeln möchte, wenn sie denn doch auch in andere Häfen noch gehen können. Und die zweite konkrete Frage war dann eben, was Sie sagten, was sollen wir dann auch konkret tun. Dann entsprechend an die Initiative. Bitte, Sie sind dran.

**Frau Herrschel:** Vielleicht zitiere ich dann doch noch einmal den vierten Satz aus der Präambel der Hamburger Verfassung, die nämlich im Anschluss an ... dass die Stadt eben auch zum Ziele, zur Realisierung des (...) Mittlerin des Friedens sein zu können, auch die Förderung und Lenkung der Wirtschaft realisiert, und im vierten Satz dazu auch noch gesagt ist, auch Freiheit des Wettbewerbs und genossenschaftliche Selbsthilfe sollen diesen Zielen dienen. Darauf kann man anschließen, dass eben, weiß nicht, das Verbot von Rüstungsexporten keine Sanktion oder eben in dem Sinne ein Verbot ist, sondern der Befreiungsschlag für das menschliche Leben. Denn es ist eben befreiend, nicht mehr unter der Bedrohung und der Angst sowohl in der Frage von Unfällen als auch in der konkreten Anwendung zu sein. Und ich finde das ganz spannend, in Japan ist das viel diskutiert nach den zwei Atombomben, dass dort überall, in der Wissenschaft und auch in öffentlichen Einrichtungen festgehalten ist, dass man sich selbst eine Zivilklausel gibt, dass man hier in Hamburg auch eine Form einer zivilen Klausel in den Hamburger Hafen setzen könne, der eben ermöglichend ist, das menschliche Leben sinnvoll und für soziale Progression zu gestalten und in dem Sinne kein Verbot oder keine Sanktion ist, sondern eben die Ermöglichung.

Ich möchte dann noch einmal an die Frage von, jetzt haben wir diesen Kriegszustand und jetzt soll der so sein und deswegen müssen wir jetzt Waffen anwenden, möchte ich doch noch einmal sehr ernsthaft die Frage stellen, was glauben Sie eigentlich, wie ist es dazu gekommen. Es ist ja nicht so, dass Krieg auf einmal da ist und er nicht vorhersehbar war oder mit einzuberechnen oder so. Es gibt immer das klassische Beispiel bei der Bundeswehr, dass, wenn man mit einem, ich weiß nicht, mit seiner Freundin durch den Wald geht und plötzlich steht da der Russe einem gegenüber und der Russe will die Freundin vergewaltigen, was tut der Soldat dann. Wo ich ... Wo die Antwort ja sein soll, natürlich schießt er und so. Und ich frage mich doch, was macht der Russe in dem Wald, warum will er meine Freundin vergewaltigen und wie können wir das ... wie kommt es eigentlich zu der Situation, dass wir im Wald sind. Also ganz viele Fragen da, die wir doch erst einmal vorher klären können und die auf dem Wege auch schon verhindern können, dass man erstens zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig im Wald ist, dass dieses Anliegen auf der einen und auf der anderen Seite besteht als auch diese, genau, Konfrontation reagiert wird. Wie können wir das tun? Nicht durch Abschreckung, nicht durch Aufrüstung, nicht durch Eskalation, sondern durch Diplomatie, Deeskalation, Gespräch, Kommunikation, Austausch und eben nicht einer Zuspitzung durch Machtandrohung, Abschreckung und Ähnlichem, wie das jetzt auch passiert ist. Da meine ich doch dann, nicht einfach mit einer moralischen Keule, wie können wir jetzt Menschenleben retten, weil, es gibt so viel Leid, möchte ich wirklich sehr ernsthaft noch einmal dafür ins Gewissen reden, dass das doch bitte sehr ernst genommen wird, was in der UN-Charta gefasst ist, warum sie gefasst worden ist, was das Nie-Wieder wirklich bedeuten soll und was das dann auch konkret für jeden Einzelnen im Alltag bedeutet.



Deswegen halte ich das für eine Provokation, zu meinen, dass wir vor allen Dingen ein Verbot realisieren oder irgendetwas verhindern würden oder so, und möchte deswegen auch noch was zu der Frage zu dem Hamburger Hafen sagen. Dann tun es doch andere, das Argument haben wir auch schon gehört, wenn der Hamburger Hafen das verbietet. Ich würde sagen, auch vor dem Hintergrund, was wir ausgeführt haben, steckt doch darin die Möglichkeit, dass, wenn wir das hier erst einmal auch meinetwegen sogar symbolisch erreichen, es Auswirkung darauf hat, dass jede Stadt, jeder andere, jede einzelne Person sich dagegen entscheiden kann, weiter auf Abschreckung und Eskalation zu setzen, und stattdessen die Hoffnung in den Menschen und in einen zivilen Hafen zu realisieren, und in dem Sinne natürlich erst einmal Waffen auch woanders rübergehen können, aber sie dann eben auch doch abgeschafft werden können, weil die Möglichkeit durch uns gemeinsam, durch den Mut und das Begreifen der Umstände, realisiert werden kann.

**Herr Dolzer:** Ich kann nur anknüpfen. Was Frau Herrschel gesagt hat, ist im Grunde genommen ... verallgemeinert das, was ich versucht habe zu verdeutlichen mit dem Zitat von Herrn von Dohnanyi. Es gibt immer historische Prozesse, die etwas auslösen, egal, ob wir uns den Ersten Weltkrieg angucken, den Zweiten Weltkrieg, egal, ob wir uns die völkerrechtswidrigen Kriege gegen Irak, Libyen, Syrien angucken oder jetzt den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine, was niemand gesagt hat, dass es den nicht geben würde, sondern das haben wir auch betont. Aber es gibt immer eine historische Genese da hin. Und mit dem, was Frau Herrschel eben ausgeführt hat, wirken wir eben langfristig beziehungsweise sagen wir, es wäre Verantwortung der Politik und der Regierung, langfristig dafür zu sorgen, dass es gar nicht erst zu diesen Zuspitzungen kommt. Nämlich, Frau Herrschel hat die richtigen Momente dazu gesagt, Deeskalation, Entspannungspolitik, Diplomatie und Verständnis des Gegenübers.

Wir müssen, egal ob es die US-Regierung ist, ob es die chinesische Regierung, die ukrainische Regierung, die russische Regierung oder die Regierung von Mali ist, müssen wir das Gegenüber, wenn wir in eine internationale Beziehung gehen und diese in irgendeiner Form regulieren, verstehen und aus dem Verständnis des Gegenübers in Abwägung unserer Interessen, unserer Sicherheitsinteressen, nicht der militärischen, sondern der der Menschen und der der Menschen in den anderen Ländern, einen Rückschluss ziehen. Dazu gehört auch das Wahrnehmen des Historischen, der Genese, der Konflikte. Und wenn wir das einfach ausblenden und uns dann nur noch auf eine moralische Ebene stellen, jetzt müssen wir helfen, weil, die werden angegriffen, dann kommen wir aus einer Gewaltspirale nicht mehr raus, egal, welchen Konflikt wir uns angucken. Das ist ein Dilemma. Krieg ist immer etwas Fürchterliches, und die Leute, die angegriffen werden, wollen und müssen sich immer irgendwie verteidigen. Aber je mehr Rüstung es auf der Welt gibt, desto schwerer wird es auch, Kriege zu verhindern.

Jetzt zu Herrn, wie heißt er, Herrn Walczak, und auch noch einmal ein bisschen zu der Argumentation von Herrn Wiese, dem Senat und Herrn Schmidt. Also, Herr Walczak, ich glaube, Sie sind, ich weiß nicht, sind Sie nicht auch Rechtsanwalt oder Rechtler? Müssten Sie eigentlich was wissen ...

(Abg. Krzysztof Walczak: Ich bin Jurist!)

Ja, habe ich mir gedacht. Aber dann müssten Sie ja eigentlich auch wissen, dass es unterschiedliche Ebenen im Recht gibt. Es gibt konstitutionelles Recht, es gibt darunterliegende Rechtsebenen, und im konstitutionellen Recht gibt es auch eine Abwägung der Wertigkeit der jeweiligen Artikel beziehungsweise unterschiedliche Situationen, in denen die Artikel zum Tragen kommen. Wenn Sie jetzt sagen, was sollen wir hier in Hamburg tun, dann kann ich Ihnen nur das sagen, was unser Anliegen ist, neben all dem, was wir gesagt haben. Was wir gesagt haben, bezieht sich auf die unterschiedlichen Ebenen des Rechts in der allgemeinen, ganzheitlichen Herangehensweise, damit wir Ihnen

und denjenigen, die es interessiert in der Bevölkerung, die wir ja auch erreichen wollen mit einer Ausschusssitzung, auch mit unserer Volksinitiative ... Wir wollen grundsätzlich Frieden. Der Frieden ist im Völkerrecht geregelt, ist in darunterliegenden Rechtsnormen geregelt, auf der völkerrechtlichen Ebene ganz klar, auf der grundgesetzlichen Ebene ganz klar, Krieg ist immer nur die Ultima Ratio, Verteidigung ist nur die Ultima Ratio. Aber zuerst ist der Frieden geregelt.

Und dann haben wir in den darunterliegenden Normen, nehmen wir Kriegswaffenkontrollgesetz, Außenwirtschaftsgesetz, das sind darunterliegende Normen, da sind schon sehr weit andere Standards mit eingeflossen nach dem Zweiten Weltkrieg, UN-Charta als Reaktion auf die Barbarei des Zweiten Weltkrieges, ein sehr weitgehendes und ein sehr gutes eigentlich Friedensgebot. Außenwirtschaftsgesetz, Kriegswaffenkontrollgesetz, zum Teil auch mit von der Rüstungslobby gestaltet, mit leider Schlupflöchern, von daher darunterliegend, subsidiär in anderen aushandlungsgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen festgestelltes Recht. Das habe ich am Anfang versucht auch zu verdeutlichen, da gibt es durchaus ein Spannungsfeld auch zwischen dem jeweiligen Anspruch der Gruppenakteure, also der Vereinten Nationen, oder der Einzelakteure, der Staaten, die das dann auch jeweils wieder unterschiedlich geregelt haben.

Wenn wir das jetzt beziehen auf unsere konkrete Frage, was ... Sie haben ja gesagt, was sollten Sie tun als Bürgerschaft. Sie können ganz einfach morgen, wenn Sie es wollen, beschließen, wir setzen das Anliegen der Volksinitiative um, wir geben dem Senat an die Hand, findet den gesetzlichen Weg, wie über ein Landesgesetz die Rüstungstransporte gestoppt werden können. Und das ist möglich. Weil, was Herr Schmidt gesagt hat, was Herr Wiese und Herr Rieckhof und der Senatsvertreter gesagt haben, diese Rechtsauffassung, die haben wir in unserem Gutachten, die kann man konsistent, wenn man möchte, argumentieren. Man kann aber auch andere Rechtsauffassungen konsistent argumentieren, und das müssten Sie eigentlich wissen auch als ernsthafte Juristen, die Sie ja sind in der Senatskanzlei, das weiß ich ja, Sie beschäftigen sich mit allen gesetzlichen Anliegen sehr tief, also müssten Sie auch wissen, dass Sie genauso konsistent, wie Sie dagegen argumentieren, nun tun, auch dafür argumentieren könnten. Wenn wir das, ich wiederhole es noch einmal, weil Sie es ja darauf mehr oder weniger insistiert haben, Bremische Urteil hat einen anderen Regelungsgehalt.

Da sind Artikel 71 und Artikel 73 die entscheidenden, und da geht es um andere Abwägungsfragen, weil die Kerntransporte, die Nukleartransporte anders geregelt sind. Da ist auch der Weg geregelt, was bei den Rüstungstransporten nicht ist. Artikel 26, würde ich so sagen, muss man nicht so interpretieren, wie Sie das getan haben. Es gibt mehrere Möglichkeiten. Sie können den Senat damit beauftragen, diese Möglichkeiten zu evaluieren, Herr Walczak, weil, Sie sitzen nicht in der Regierung, das kann die gesamte Opposition, das können aber auch die Regierungsparteien, und dann können Sie einen Weg finden, wie das funktioniert. Das funktioniert, wenn Sie es politisch nur wollen. Und ich finde, da sollten Sie sich dann auch ernst genug nehmen und sagen, wir wollen es oder wir wollen es nicht. Und nicht sagen, wir können es nicht. Sie können es. Fragen Sie Rechtlerinnen, die nicht Ihnen ein Gefälligkeitsgutachten machen, sondern diejenigen, die ernsthaft Ihnen eine Abwägung geben.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Dolzer, noch einmal für Ihre Ausführungen. Wir haben jetzt noch drei Kollegen auf der Rednerliste. Das ist zum einen Herr Yildiz, dann Frau Herbst und dann Frau von Treuenfels, genau in dieser Reihenfolge. Auch da sammeln wir. Zuerst bitte dann Herr Mehmet Yildiz. Bitte sehr.

**Abg. Mehmet Yildiz:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte auch die Volksinitiative ganz herzlich begrüßen, auch für den tollen Erfolg gratulieren. Ich glaube schon, dass in den

letzten zwei Jahren die Volksinitiative mit der Initiative einen Riesenbeitrag für die Aufklärung, für den Frieden und Völkerverständigung geleistet hat, und dafür möchte ich mich ganz, ganz herzlich bedanken.

Nur den Punkt. Wenn wir aufnehmen in diese Debatte, dass in Hamburg etwa 670 000 Menschen mit einem Migrationshintergrund leben, und die Menschen, die damals als Gastarbeiter nach Deutschland geholt worden sind, von diesen Zahlen trennen, kann man eines deutlich sagen, die Mehrheit der Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, in Hamburg, in Deutschland leben, sind Folgen des Krieges oder vor Umweltzerstörung oder Armut geflohen. Nicht, weil sie gekommen sind, dass sie in einem Land leben wollen, wo es besser als in ihrem Land ist, weil, das sind die Folgen. Ich kann ... Ich bin ein Beispiel davon. Ich bin selbst Kurde und ich bin in den Neunzigern nach Deutschland gekommen, weil, der Krieg gegen die Kurden hatte folgende Möglichkeit gehabt für meine Eltern. Ich bin mit zwölf gekommen. Entweder geht man zum Militär, man stirbt oder man geht zu den Guerillas und stirbt. Und der Ausweg war leider für meine Eltern, oder nicht leider, sondern Gott sei Dank, dass sie gesagt haben, wir schicken ihn, zumindest wissen wir, das Kind lebt, aber sie haben mich nach 15 Jahren, nach 16 Jahren gesehen. Daher ist es schon ... muss man nur, wenn man diesen Punkt der Migration, Flüchtlinge nimmt, müsste man eigentlich auch die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft noch einmal deutlich ein Signal mit der Unterstützung der Volksinitiative zeigen, dass sie sagen, wir wollen Mittlerin des Friedens werden. Unsere Präambel gibt das vor, die Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger und die Mehrheit der Bundesbürger sagen das, machen das deutlich, aber leider, was mein Eindruck ist, dass der SPD-GRÜNEN-Senat auch immer das Thema auf die Bundesebene schiebt und dass es eine Bundesangelegenheit ist und sich dann damit auch ihrer Landesverantwortung entzieht.

Da möchte ich eine der Fragen anschließen. Wie sieht die Volksinitiative das? Es wird deutlich, dass der Hamburger Senat und auch die rot-grüne Regierung das Anliegen der Volksinitiative anscheinend nicht umsetzen möchte. Was war eure Erfahrung auch während des Sammelns der Unterschriften? Erstens.

Zweitens, ich glaube, unabhängig von Inhaltlichem, keiner hat hier den Ukrainekrieg bejaht, im Gegenteil, dieser völkerrechtswidrige Krieg wurde auch namentlich so genannt, auch von meiner Partei, auch von der LINKEN und der Linksfraktion. Dass dann hier diese Moralkeule benutzt wird, ach, dass die Volksinitiative, auch die Akteure der Linkspartei, angeblich für den Krieg seien und so weiter, ich finde das schon eine Überheblichkeit, und wenn man tatsächlich hier den Ukrainekrieg diskutieren möchte, das würden den Rahmen der Volksinitiative, die Anhörung sprengen. Da muss man gesondert sprechen und die dreißig Jahre, die letzten dreißig Jahre auf den Tisch packen. Ich finde, unser ehemaliger Bürgermeister von Dohnanyi hat das Thema auf den Punkt gebracht. Man sollte das noch einmal lesen.

Gleichzeitig, weil ich auch selbst als Kurde und auch als Mensch, der seit Jahren, wo Millionen von Kurden durch völkerrechtswidrigen Krieg in der Türkei immer geflohen sind, und dann hier in der allgemeinen Debatte auch in den friedenspolitischen Regierungsparteien immer mit dieser Doppelmoral spielen, was, wenn es jemandem passt politisch, geopolitisch, ist der Krieg völkerrechtswidrig, was wir auch, was ich auch bejahe, der Krieg gegen die Ukraine ist völkerrechtswidrig, aber der dreißigjährige Krieg gegen Kurden, wo zigtausend Menschen gestorben sind, wird, wobei Deutschland, weil das auch direkt mit der Volksinitiative zu tun hat, Leopard-Panzer in die Türkei liefert, auch damit die Tausende von türkischen Dörfern bombardiert wurden, (...). Daher, wir brauchen nicht auf dem Rücken der Ukraine jetzt diese Moralkeule rausholen, sondern wir müssen nüchtern betrachten, dass es ein Krieg ist und dass es dann beendet werden muss, dass Menschen in Europa nicht noch einmal dieses, was wir in den vergangenen Jahren ... in der Vergangenheit erlebt haben, sich wiederholt, dass der Frieden kommt.

Daher – eine der Fragen habe ich gestellt –, die zweite Frage ist, die Volksinitiative, ihr habt gesagt, wir wollen präventiv gegen den Krieg und Konfliktheilung etwas machen. Was meint ihr damit im Konkreten? Und ich möchte mit einem Zitat von meinem Papa, meine Frage auch, dass die Volks-Ini-Sache auch oder auch meine Frage zu Ende bringen. Als ich mit zwölf nach Deutschland kam, mein Papa war bei der Behörde, um unseren Pass zu holen, damals der Beamte sagte: Herr Yildiz, wenn die Kinder ... Sie schicken die Kinder ins Ausland, wer soll denn bei einem Krieg das Land verteidigen? Mein Vater sagte, wenn der Krieg ein gerechter Krieg ist, wissen die Menschen, wie sie ihr Land verteidigen. Und das Problem ist, dass der Krieg kein gerechter Krieg ist, und auch die Waffenlieferungen rechtfertigen Keinen, zu sagen, unter dem Motto, wenn wir es nicht liefern, liefern die anderen. Wenn wir nicht produzieren, produzieren die anderen. Wenn wir tatsächlich unsere Präambel der Hamburgischen Verfassung ernst nehmen, dann sollte man, unabhängig von diesem Gedanken, für den Frieden sein und dafür sorgen, dass der Hamburger Hafen für Rüstungsexporte und -transporte verboten wird. – Danke schön.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Yildiz. Als Nächstes habe ich Frau Herbst und Frau von Treuenfels. Frau Herbst, haben Sie was dagegen, wenn Frau von Treuenfels ihre Frage jetzt schon stellt? Weil, sie muss nämlich gleich los. Ist das okay für Sie?

**Abg. Clarissa Herbst:** Okay.

**Vorsitzender:** Danke. Dann Frau von Treuenfels, Sie sind jetzt dran.

**Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein:** Vielen Dank, auch an Frau Herbst, dass ich einmal sozusagen kurz vor darf. Ich habe gleich noch einen Anschlusstermin. Es ist wirklich schon sehr viel gesagt worden und es muss auch von mir jetzt nicht wiederholt werden. Ich möchte aber gern eins zu bedenken geben, und zwar bin ich darauf gekommen, als Sie gesagt haben, man muss sich ja erst einmal überlegen, warum stehen wir da in einem Wald, wieso kommt es eigentlich zu so einer Situation. Und ich glaube, wenn wir vor dem Hintergrund, den wir hier gerade erleben, uns überlegen, wie kommt es zu was, dann werden wir da sicherlich sehr viele verschiedene Auffassungen haben, die wir, wie man, glaube ich, heute feststellen konnte, auch nicht unbedingt miteinander teilen. Aber was wir, glaube ich, teilen, und das möchte ich gern hier für alle von uns klarstellen, keiner, niemand möchte Krieg, und jeder weiß, dass Krieg nur Verlierer produziert. Und ich glaube nicht, dass wir hier sozusagen einen Gegensatz, einen künstlichen, herstellen sollten untereinander so nach dem Motto, die Initiative und vielleicht die LINKE, die sind für den Frieden, und wir sind etwas für Krieg, weil wir diese Waffenlieferungen jetzt zum Beispiel gerade in die Ukraine auch befürwortet haben. Das haben wir ja nicht getan, weil wir gern Waffen liefern und weil wir gern den Krieg anheuern wollen, sondern gerade weil wir, so komisch sich das auch anhört, helfen wollen, dass etwas gewonnen wird, was eben den Krieg beendet. Und das muss man, glaube ich, auch ruhig so sehen. Denn die Sicherheit zu verteidigen, in der wir hier alle leben, in dem Frieden, den wir verteidigen, in dem wir alle leben wollen und Sie ja auch, ist in so einer Situation nicht anders möglich. Ich möchte das gern noch einmal klarstellen und das war mir wirklich wichtig.

Ich habe jetzt eigentlich auch in dem Sinne keine Frage an Sie, sondern ich möchte nur dieses Statement noch einmal loswerden, weil mir das wirklich einfach sehr, sehr wichtig war, dass wir hier keine Gegensätze künstlich aufmachen, sondern tatsächlich auch alle hier darauf hoffen und uns wünschen, dass wir einen Weltfrieden weiter erhalten können. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau von Treuenfels. Jetzt aber Frau Herbst. Bitte sehr, Sie sind dran.

**Abg. Clarissa Herbst:** Vielen Dank. Ich glaube, ich kann es auch kurz machen, weil tatsächlich auch schon vieles gesagt wurde von dem, was ich so auf meinem Zettel hatte. Ich finde es gut, dass wir heute den Anlass nehmen, um das zu diskutieren, und ich glaube auch, das ist mehrfach gesagt worden, stehen wir alle für eine friedvollere Welt ein, und das ist das, was wir uns wünschen. Und ich denke, letztendlich geht es auch darum, und ich glaube, das steht auch außer Zweifel, dass wir natürlich Dialogverfahren fördern wollen, dass wir Diplomatie stärken wollen. Aber ich glaube, in dieser ganzen Diskussion kommt ein Faktor zu kurz, und das wollte ich dann doch noch einmal rausheben. Letztendlich wird es immer gesagt, Waffen töten Menschen, und das ist sicherlich auch vollkommen richtig, aber dahinter steht ja auch der Gedanke, Menschen töten Menschen. So. Und Waffen und Töten gibt es, solange es die Menschheitsgeschichte gibt. Und ich glaube aber, was wir nehmen in dieser Diskussion, ist noch einmal den Aspekt der Verantwortung. So. Und letztendlich setzen wir voraus, dass sich über Diplomatie alles regeln lässt. Und vieles lässt sich sicherlich auch regeln, aber es setzt auch voraus, wenn ich mit meinem Gegenüber verhandle, dass mein Gegenüber gleiche Wertmaßstäbe teilt, gleiche moralische Vorstellungen hat. Und ich glaube nicht, dass wir das jedem Despoten auf diesem Erdball – und wir haben es aktuell gesehen – unterstellen können, dass immer gleiche Wertvorstellungen und Moralvorstellungen geteilt werden. Und was ist die Konsequenz, wenn wir feststellen, dass diese Wertvorstellungen nicht geteilt werden und dass dann andere Intentionen vorrangiger sind?

Und dann möchte ich noch einmal aufgreifen – das war mir sehr wichtig, was Herr Dr. Wiese auch gesagt hat –, für diesen Fall tragen wir Verantwortung. Wir tragen Verantwortung für das Sicherheitsbedürfnis der Menschen hier in diesem Land. Wir tragen Verantwortung für unsere Bündnispartner. Und wir tragen Verantwortung – das haben Sie ja selbst auch gesagt –, dass Völkerrecht eingehalten wird, dass Menschenrechte auf dieser Welt eingehalten werden. Und letztendlich zu sagen, es gibt keine Waffen, es gibt keinen Krieg, glaube ich, in dieser Schwarz-Weiß-Malerei machen wir uns es ein bisschen zu leicht. Und ich glaube, auch gerade unsere Aufgabe als Politiker ist es, genau diese Verantwortung wahrzunehmen und eben nicht in Gut-und-Böse-Kategorien zu denken, sondern uns auch vor Augen zu halten, dass es manchmal doch ein bisschen komplexer ist und dass wir auch gerade diese Zwischentöne hören müssen und das Ganze dann doch am Ende des Tages etwas differenzierter betrachten sollen. Das war mir noch einmal ganz wichtig, hier am Ende darzustellen. Danke.

**Vorsitzender:** Vielen Dank auch an Sie, Frau Herbst. Ich habe jetzt auch keine weiteren Redner mehr auf der Rednerliste und gebe das Wort dann wieder an die Initiative. Ich glaube, von Ihnen allen, bei den letzten Rednern, waren es jeweils Kommentare. Es waren keine direkten Fragen mit Ausnahme von Herrn Yildiz. Der hatte die eine oder andere konkrete Frage. Ich gebe dann an die Initiative weiter. Bitte sehr.

**Frau Koops:** Ja, vielen Dank. Wir machen das jetzt auch so zum Schluss und wollen auch gern den positiven Aspekt noch einmal beleuchten, den wir versucht haben, in Ihre Runde zu bringen. Das ist leider uns, wie wir jetzt hier so hören konnten, nur sehr begrenzt gelungen. Und ich bin mittelschwer entsetzt über das Waffenrasseln, das ich aus Ihren Mündern vernehme, weil, an der Grenze wird gesprochen, es wird geredet, wir müssen an die Tische. Die Menschen müssen miteinander reden und Wertetransport hilft nicht. Wir müssen die Sicherheitsbedürfnisse aller respektieren und auf dieser Basis muss verhandelt werden. Keine Waffen werden diesen Krieg zum Erliegen bringen und auch nirgendwo anders auf der Welt.

Ich bin da ein bisschen aufgeregt gerade und sehr angefasst. Es ist das erste Mal, dass ich in so einem Ausschuss sitze und die gesamte Bandbreite, sag ich mal, der politischen Debatte in dieser Stadt wahrnehme. Ich möchte einfach noch einmal meine letzten Worte sagen vielleicht, weil, ich fand eigentlich, dass mir das ganz gut gelungen ist. Und ich habe

Sie leider, leider nicht erreicht. Deswegen muss ich sie vielleicht wiederholen, weil ein Hafen ohne Rüstungsgüter mit zukunftsweisender Industrie, nachhaltig im ureigensten Sinne, klimaneutral, ein Ort, an dem die Menschen gern arbeiten und gern verweilen und in Hamburg genau deswegen gern leben, eine positive, eine humanistische, völkerverständigende Nachricht in die Welt, das kann Hamburg sein, Tor zu Welt, das, was es ist. Sie müssen nur entscheiden. Und wenn Sie der Auffassung sind, dass Waffen dieses verhindern und überhaupt ... Ja, ich bin jetzt sprachlos.

Und ich bedanke mich trotzdem im Namen aller hier Anwesenden sehr, dass Sie zugehört haben. Und ich wünsche mir, dass Sie ergebnisoffen noch einmal in sich gehen und darüber nachdenken.

Wir haben eine Städtepartnerschaft mit St. Petersburg. Vielleicht lässt sich daraus etwas machen. Wir haben das Projekt der Sicheren Häfen. Vielleicht schauen Sie sich das auch noch einmal an. Sie haben Beschlüsse dazu gefasst. Ja, Schluss, vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau Koops. Vielen Dank, Frau Herrschel. Vielen Dank auch Herrn Martin Dolzer, uns allen oder den meisten hier noch bekannt aus der Bürgerschaft.

Ich glaube, das, was Sie sagen wollten, ist schon angekommen. Ich glaube nicht, dass es bei uns hier rein und da raus geht. Das sind auch Themen, die sicherlich auch uns Abgeordnete betreffen, die auch uns Abgeordnete sicherlich auch hier und da auch bedrücken. Natürlich haben wir eine Meinung beziehungsweise jeder hat seine eigene Meinung zu diesem Thema. Nur es ist wirklich schwer gerade so in diesen Tagen, wenn man sich anschaut, was da jetzt in Russland beziehungsweise in der Ukraine passiert, da einfach Stillstand sozusagen als das Größte, was man hat, an den Tag zu legen.

Deswegen nehmen Sie es bitte nicht persönlich, sowieso nicht, aber nehmen Sie es nicht so mit, als seien wir Abgeordnete für solche Themen überhaupt nicht empfänglich oder als seien wir überheblich. Das sind wir nicht. Wir wissen schon, wie wir mit bestimmten Themen umgehen, und wir gehen da auch sehr stark mit Augenmaß auch heran. Deswegen erlauben Sie mir noch die Worte, also dass wir nicht einfach so salopp dieses Thema jetzt mitnehmen, abhaken und sagen, jetzt haben Sie da was erzählt. Wir gehen da schon sehr verantwortungsvoll mit um.

Ich danke Ihnen auch allen dreien, dass Sie sich hier hingestellt haben oder hingesezt haben. Sie haben ja siebzig Minuten am Stück tatsächlich Ihre Thesen, die Sie hatten, Ihre Ideen, Ihre Vorstellungen, haben Sie schon an den Mann gebracht, aber jetzt liegt es natürlich an den Politikern, an den Hamburgern weniger, wahrscheinlich an den Bundespolitikern, sich auch vielleicht in Zukunft mit diesen Themen auseinanderzusetzen, aber angekommen ist das Thema auf jeden Fall.

Und aus diesem Grund danke ich Ihnen auch im Namen des Ausschusses noch einmal, dass Sie sich hier bereit erklärt haben, auch für Ihre Initiative einzustehen und wünsche Ihnen natürlich auch im Namen des Ausschusses einen schönen Abend. Und bleiben Sie gesund. Vielen Dank.

**Ende des Wortprotokolls**

### **Zu TOP 2 und TOP 3**

Die Beratungen wurden vertagt.

### **Zu TOP 4**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

David Erkalp  
(CDU)  
(Vorsitz)

Hansjörg Schmidt  
(SPD)  
(Schriftführung)

Dörte Stoll  
(Sachbearbeitung)